

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **20. und 21. Sitzung**
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2008/2009
vom 16. März 2009

von 16.15 bis 18.30 und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz:	W. Langhard (SVP)
Protokoll:	K. Lang
Entschuldigt	Nachmittagsitzung: Ch. Baumann (SP)
	Abendsitzung: Ch. Benz (SP), N. Gugger (EVP), Ch. Kern (SVP)
	Beide Sitzungen: B. Günthard-Maier (FDP), J. Lisibach (SVP), S. Stierli (SP)

Traktanden

- 1.* 08/105 Wiederkehrender Kredit von Fr. 80'000.-- für die Führung eines Talent-
(DSS) klasse Winterthur ab dem Schuljahr 2009/10
- 2.* 08/115 SelbsthilfeZentrum Region Winterthur: Erhöhung des jährlich wiederkeh-
(DSO) rendenden Betriebsbeitrags von Fr. 20'000.-- auf Fr. 30'000.--
- 3.* 09/001 Konfessionelle Spitex-Vereine in Winterthur: Erhöhung des städtischen
(DSO) Defizitbeitrages auf jährlich max. Fr. 350'000.--
- 4.* 09/003 Beteiligung der Stadt Winterthur an der Biorender AG (Biogasanlage)
(DTB)
- 5.* 09/011 Investitionsbeitrag von maximal Fr. 430'000.-- für Massnahmen zur Ver-
(DFI) besserung der Beleuchtung und der Akustik im Konzertsaal des Stadt-
hauses
- 6.* Fragestunde (Beginn ca. 20.15 Uhr)
- 7.* 08/005 Beantwortung der Interpellation O. Seitz (SP) betreffend Bauteilbörse - ein
(DSO) ökologisches Arbeitsintegrationsprojekt
- 8.* 08/007 Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) und
(DSO) O. Seitz (SP) betreffend Suizidprävention
- 9.* 08/027 Beantwortung der Interpellation A. Daurù (SP) betreffend Schliessung der
(DSO) Beratungsstelle "Horizont"
- 10.* 07/010 Antrag und Bericht zum Postulat N. Galladé (SP) betreffend Informations-
(DSU) kampagne zum Verhalten bei Gewalt im öffentlichen Raum

- 11.* 07/027 Antrag und Bericht zum Postulat D. Hauser (SP) betreffend kommunale (DSU) Massnahmen zur Eindämmung von Treibhausgasen
12. 08/026 Beantwortung der Interpellation P. Kyburz (SP) betreffend Verkehrssi- (DSU) cherheit im Gebiet Wässerwiesen- / Johannes Beugger-Str.
13. 08/080 Begründung der Motion P. Rütimann (FDP), J. Lisibach (SVP) und (DSU) U. Dolski (CVP) betreffend Einführung eines kommunalen Ordnungsbus- senverfahrens
14. 08/089 Begründung der Motion P. Rütimann (FDP) betreffend Verordnung zur (DSU) Nutzung des öffentlichen Grundes
15. 08/060 Begründung des Postulats P. Rütimann (FDP) betreffend weitsichtige (DKD) Planung für den Bahnhof Hegi
16. 08/016 Beantwortung der Interpellation U. Böni (SP) betreffend Wohnstadt - Ar- (DKD) beitsstadt - Freizeitstadt, die gesunde Durchmischung macht
17. 07/043 Antrag und Bericht zum Postulat B. Baltensberger (SP), B. Günthard Fitze (DKD) (EVP/GLP), G. Bienz-Meier (CVP) und S. O'Brien (Grüne/AL) betreffend Einführung des Lohngleichheitstests (Logib) in der Stadtverwaltung
18. 07/057 Antrag und Bericht zum Postulat J. Lisibach (SVP), R. Kleiber (EVP / EDU (DKD) / GLP) und M. Hollenstein (CVP) betreffend Umzonung des 'Viehmarkt- Platzes' in eine Erholungszone
19. 07/058 Antrag und Bericht zum Postulat J. Lisibach (SVP), R. Kleiber (EVP / EDU (DKD) / GLP) und M. Hollenstein (CVP) betreffend Projektwettbewerb für neue Nutzung des Reitwegplatzes
20. 08/088 Begründung des Postulats M. Zeugin (EVP/EDU/GLP, R. Wirth (SP), (DKD) H. Keller (SVP), P. Rütimann (FDP) und B. Dubochet (Grüne/AL) betref- fend Vision "Eulach Valley" - Energie-Cluster für den Wirtschaftsstandort W'thur

Bürgerrechtsgeschäfte (die Behandlung findet zu Beginn der Abendsitzung statt)

Es liegen nachfolgende Einbürgerungsgesuche vor:

1. B06/140 Kasumovic geb. Mekanovic Ema, geb. 1957, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
2. B07/201 Nedeljkovic Srdjan, geb. 1982 und Ehefrau Nedeljkovic geb. Adamovic Suzana, geb. 1983, mit Kindern Jana, geb. 2002, Marjan, geb. 2003, Mar- ko, geb. 2006 und Ana, geb. 2006, serbisch-montenegrinische Staatsan- gehörige
3. B08/171 Kiliç Dinçer, geb. 1979, türkischer Staatsangehöriger
4. B08/235 Baruti Hamdi, geb. 1964, mit Kindern Jetmir, geb. 1993, Jetmire, geb. 1994 und Vahid, geb. 2007, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
5. B08/236 Beqiri Bashkim, geb. 1967 und Ehefrau Beciri geb. Gjocaj Luljeta, geb. 1972, mit Kindern Florent, geb. 1997, Bindi, geb. 2001 und Brikena Luisa, geb. 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
6. B08/238 Duah Kwaku, geb. 1959, ghanaischer Staatsangehöriger

7. B08/240 Gorospe Koch geb. Gorospe Amihan Guadalupe, geb. 1962, philippinische Staatsangehörige
8. B08/241 Kameri geb. Qerimi Nergjivane, geb. 1979 und Ehemann Kameri Nexhat, geb. 1970, mit Kindern Laurant, geb. 2001 und Edison, geb. 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
9. B08/242 Kanapathipillai Balachandran, geb. 1970 und Ehefrau Balachandran geb. Kanagasundaram Sangeetha, geb. 1980, mit Kindern Nithushan, geb. 2000 und Nivethan, geb. 2002, srilankische Staatsangehörige
10. B08/244 Öznalci Tanju, geb. 1964, türkischer Staatsangehöriger
11. B08/245 Pelin geb. Agaciksoy Türkan, geb. 1948, türkische Staatsangehörige
12. B08/246 Radujkov geb. Zivanov Jelica, geb. 1941 und Ehemann Radujkov Branislav, geb. 1939, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
13. B08/247 Rahmani geb. Caja Eljzana, geb. 1983 und Ehemann Rahmani Emir, geb. 1978, mit Kindern Elvedin, geb. 2003 und Benjamin, geb. 2006, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
14. B08/248 Rahmanovski Ljumi, geb. 1975 und Ehefrau Rahmanovska geb. Rusitovska Emirana, geb. 1978, mit Kindern Samir, geb. 1998, Erdoan, geb. 2002 und Emina, geb. 2006, mazedonische Staatsangehörige
15. B08/249 Ribar geb. Türkay Elçin, geb. 1977 und Ehemann Ribar Volkan, geb. 1969, mit Kindern Emir, geb. 1998 und Selin Duru, geb. 2008, türkische Staatsangehörige
16. B08/250 Sagiroglu Imam, geb. 1968 und Ehefrau Sagiroglu geb. Yesilkaya Selver, geb. 1977, mit Kindern Berivan, geb. 1996 und Sirvan, geb. 1997, türkische Staatsangehörige
17. B08/251 Sampaio Manuel Carlos, geb. 1958 und Ehefrau Sampaio geb. da Costa Eugenia Silvia, geb. 1966, portugiesische Staatsangehörige
18. B08/252 Tabaku Burim, geb. 1979, mazedonischer Staatsangehöriger
19. B08/253 Tahiri Arben, geb. 1982, mit Kind Elsara, geb. 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
20. B08/300 Naeem Pasha Ahmed, geb. 1992, pakistanischer Staatsangehöriger

Ratspräsident W. Langhard begrüsst zur 20. und 21. Sitzung des Amtsjahres 2008/2009

Fraktionserklärungen

Strassensanierung der St. Gallerstrasse, der Grüzefeldstrasse und des Bahnübergangs

Ch. Kern (SVP): Letzen Freitag ist die amtliche Publikation betreffend geplante Strassensanierung der St. Gallerstrasse, der Grüzefeldstrasse und des Bahnübergangs erfolgt. Mit einer Motion wird eine Bahnunterführung gefordert. Angesichts dessen, dass bisher die Motion weder erheblich erklärt, noch abgeschrieben worden ist und die Verkehrsführung im Raum Scheideggstrasse/Industriestrasse noch diskutiert wird, erachtet Ch. Kern das Vorgehen des Stadtrates als fragwürdig. Auch weil der Stadtrat immer wieder betont, dass die Verkehrsführung in Gesamtzusammenhängen geplant werden muss. Die Fraktionsmitglieder der SVP

fühlen sich als Parlamentarier einmal mehr vom Stadtrat nicht ernst genommen. Sie fühlen sich sogar verschaukelt.

Stadtrat W. Bossert: Der Stadtrat hat geprüft, ob die Arbeiten, die er indiziert hat, den Forderungen nach einer Unterführung entgegenstehen würden. Dabei hat er festgestellt, dass das nicht der Fall ist. Die Arbeiten, die jetzt ausgeführt werden, sind nicht verloren, auch wenn die Unterführung gebaut wird.

Tralin Pak

U. Bründler (CVP): Mit Genugtuung hat die CVP-Fraktion zur Kenntnis genommen, dass Winterthur der Standort des europäischen Hauptsitzes von Tralin Pak sein wird. Der weltweit führende chinesische Anbieter von Kartonverpackungen hat eine Europa GmbH gegründet und kommt nach Winterthur. Obwohl andere Städte und Regionen ebenfalls intensiv die Werbetrommel gerührt haben, hat Winterthur den Zuschlag bekommen. Die CVP gratuliert der Standortförderung zu diesem Sieg, dies zeigt einmal mehr, wie attraktiv der Wirtschaftsstandort Winterthur ist, sogar die Chinesen haben das jetzt gemerkt.

Stadtpräsident E. Wohlwend das ist alles richtig.

Medienberichte

R. Isler (SVP): Es handelt sich eher um eine Fraktionserklärung gegenüber den Medien unter dem Titel: „Mehr Sachlichkeit als Voreingenommenheit in der Berichterstattung.“ Nach dem Fall Stettbach – dem angeblichen Überfall auf eine Brasilianerin – hätte man davon ausgehen können, dass die Medien aus der einseitigen und unreflektierten Berichterstattung etwas gelernt haben. Leider hat der Vorfall zwei Wochen später in Winterthur – ein angeblich rassistischer Angriff auf ein kongolesisches Mädchen – ebenfalls kein gutes Licht auf die journalistische Tätigkeit der Medienschaffenden geworfen. Es braucht keine grossen kriminalistischen Kenntnisse, um in beiden Fällen zu erkennen, dass in Bezug auf Ort, Zeit und Art dieser angeblichen Angriffe, der geschilderte Ablauf fast nicht möglich war. Nur dank der sehr professionellen Arbeit der Polizei konnte man die Aussagen entkräften. Es ist auch bedenklich, dass bereits Opferhilfestellen aktiv geworden sind – wie sich das auch im Fall Stettbach gezeigt hat. Man wollte sogar international – bis hin zum Sicherheitsrat der UNO – die Schweiz als braunen Sumpf hinstellen. R. Isler bittet die Berichterstatterinnen und Berichterstatter sachlicher und weniger voreingenommen zu berichten, auch wenn das eventuell für den Absatz der Zeitungen nicht unbedingt förderlich ist. Fakt ist, dass diese Texte von weiten Kreisen der Bevölkerung gelesen und interpretiert werden. Die SVP bedauert, dass die Sachlichkeit in diesen Fällen auf der Strecke geblieben ist und hofft, dass in Zukunft über solche Vorfälle zwar sachlich aber unvoreingenommen berichtet wird und dass abgewartet wird, bis die Fakten auf dem Tisch liegen.

Mitteilungen

Ratspräsident W. Langhard begrüsst als neues Mitglied im Gemeinderat B. Konyo Schwerzmann (SP) ganz herzlich. Er wünscht ihr im neuen Amt viel Freude und Erfolg und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

Der Rat begrüsst B. Konyo Schwerzmann mit Applaus.

Ratspräsident W. Langhard: Die Einladung mit der Traktandenliste ist den Ratsmitgliedern fristgerecht zugestellt worden. Der Rat macht keine Einwände.

1. Traktandum

GGR-Nr. 2008/105: Wiederkehrender Kredit von Fr. 80'000.-- für die Führung einer Talentklasse Winterthur ab dem Schuljahr 2009/10

F. Helg (FDP): „Der Zürcher Regierungsrat hatte uns ein Ei gelegt.“ So hat der Landbote in der Berichterstattung den Leiter des Bereichs Bildung im Departement Schule und Sport zitiert. Aber die Kommission hat das Ei ausgebrütet, so dass heute dem Ei eine Vorlage entschlüpft ist, die nach einhelliger Ansicht der Kommission ein sinnvolles Schulangebot fest schreibt. Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat den Antrag, einen Kredit von jährlich wiederkehrend 80'000 Franken für die Führung einer Talentklasse einzusetzen. Es geht um ein Angebot für musisch und sportlich besonders begabte Schüler auf Sekundarstufe. Bereits seit dem Schuljahr 2005/2006 gibt es ein ähnliches Angebot und zwar im Schulhaus Veltheim. Allerdings sind diese ca. 20 Schülerinnen und Schüler auf verschiedene Klassen verteilt. Bezahlt wird das Ganze zurzeit durch den Stipendienfonds. Jetzt sollen die Schülerinnen und Schüler in einer einzigen Klasse vereinigt werden. Diese Klasse ist demnach sowohl jahrgangs- wie auch abteilungsdurchmisch. Der Lehrplan richtet sich nach der Volksschule. Der Unterricht findet zu einem grossen Teil als Blockunterricht und Individualunterricht statt. So wird es möglich genügend Zeitfenster zu schaffen, in denen die Schülerinnen und Schüler sich ihrer musischen oder sportlichen Begabung widmen können. Das Angebot ist ausgerichtet auf 18 bis 22 Schülerinnen und Schüler. Der Unterricht steht je nach Kapazität auch auswärtigen Schülerinnen und Schülern gegen Bezahlung eines Schulgeldes offen. Die Mehrkosten, die gegenüber dem herkömmlichen Unterricht entstehen, werden im Wesentlichen durch den erhöhten Personalaufwand verursacht: Die 0,48 Vollzeiteinheiten, die mehr benötigt werden, kosten rund 62'000 Franken, dazu kommen 16'000 Franken Infrastrukturausgaben. Das ergibt ein Total von jährlich 80'000 Franken. Davon kann der Kantonsanteil von rund 29'000 Franken abgezogen werden, was für die Stadt Nettokosten von ca. 50'000 Franken pro Jahr auslöst. Zum Kantonsanteil gibt es aber noch einige Fragezeichen. Dieser ist zwar gut gesichert, es gibt aber noch gewisse Unklarheiten über die Beitragshöhe. Deshalb ist in der Weisung der Bruttobetrag von 80'000 Franken ausgewiesen. Über diesen Betrag wird der Gemeinderat beschliessen. Je nach dem wird sich dieser Kredit noch reduzieren.

Kurz vor der Kommissionssitzung im Januar hat das Departement Schule und Sport verlauten lassen, dass für die Führung der Talentklasse eine Bewilligung des Regierungsrates nötig ist. Der Grund liegt darin, dass auf Anfang 2009 die kantonalen Rechtsgrundlagen geändert wurden. Die kantonale Volksschulverordnung sieht neu eine Bewilligung für diese Art von Unterricht vor. Das Schicksal der Vorlage im Zeitpunkt der Beratung höchst ungewiss. Die Kommission hat trotz dieser Unsicherheit das Geschäft diskutiert und dem Kredit einstimmig zugestimmt. Gleichzeitig hat die Kommission davon Kenntnis genommen, dass der Stadtrat, je nach Beschluss des Regierungsrates, auf das Geschäft zurückkommen wird. Ausserdem hat sie das Departement Schule und Sport beauftragt, der Bildungsdirektion die Zustimmung der Kommission zu diesem Geschäft mitzuteilen, um so kundzutun, dass der Stadt Winterthur daran liegt, die Talentklasse zu realisieren. Am 25. Februar 2009 hat der Regierungsrat die Talentklasse bewilligt, und zwar bis zum Ende des Schuljahres 2010/2011. Die Voraussetzungen für den Start der Talentklasse sind gegeben, wenn der Rat heute dem Antrag zustimmt. In den Kommissionsberatungen sind verschiedene Fragen geklärt und das Konzept der Schule erläutert worden. Seitens des Departements ist insbesondere hervorgehoben worden, dass für die Talentklasse eine gute Koordination zwischen der Schule und den Eltern aber auch zwischen der Schulleitung, den Lehrpersonen und den Bezugspersonen erforderlich ist. Über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern entscheidet die Kreisschulpflege Veltheim aufgrund von Empfehlungen der jeweiligen Musikschule beziehungsweise des Sportvereins und aufgrund der Empfehlung der Lehrperson der bisherigen Klasse. Diese hat darzulegen, dass die Bewerberin oder der Bewerber den zusätzlichen Anforderungen gewachsen und belastbar ist.

Die befristete Bewilligung des Regierungsrates für zwei Jahre hängt damit zusammen, dass der Kanton gesamthaft die Zahl der Ausbildungsplätze für künstlerisch und sportlich talen-

tierte Schülerinnen und Schüler überprüft. Es geht um eine Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage. Bis in gut zwei Jahren sollten entsprechende Entscheide vorliegen. In diesem Zusammenhang steht zur Diskussion, neben den bestehenden Kunst- und Sportschulen in Zürich und Uster eine weitere Schule für den Bereich Zürich Nord zu errichten. Das Departement ist am Standort einer dritten Schule in Winterthur interessiert und erarbeitet die Grundlagen für eine solche Schule. Man geht davon aus, dass an dieser Schule 3 Klassen mit je 20 Schülerinnen und Schülern geführt würden. F. Helg dankt dem Departement für die Unterstützung bei der Vorbereitung der Vorlage, namentlich Stadträtin P. Pedergnana und ihren Mitarbeitenden. Sie haben nach einem anfänglich und teilweise wohl auch vermeidbaren Hin und Her zwischen Kanton, Stadt und Kommissionsreferent dafür gesorgt, dass das regierungsrätliche Ei in Winterthur einen guten Boden gefunden hat. Die Kommission empfiehlt dem Rat einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Position der FDP-Fraktion: Die Förderung von Leistung und Talenten ist eine gute Sache, insbesondere weil im Schulwesen vielfach die defizitorientierte Förderung im Vordergrund steht. Die Kosten halten sich zudem für die Stadt in einem relativ bescheidenen Rahmen. Ein Ja ist auch zukunftsgerichtet. Es entsteht eine interessante Perspektive, wenn der Standort einer weiteren Kunst- und Sportschule im Kanton tatsächlich in Winterthur sein sollte. Ebenfalls gäbe es eine interessante Zusammenarbeit, wenn das in Planung befindliche Internationale Zentrum für Leistungs- und Breitensport in Winterthur realisiert werden können. Die Fraktion stimmt dieser Vorlage mit Überzeugung zu.

R. Kleiber (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion befürwortet den stadträtlichen Antrag und wird dem Kredit zustimmen. Sie unterstützt grundsätzlich die verschiedenen Massnahmen, die die Schülerinnen und Schüler während ihrer Volksschulzeit fördern und fordern. In dieser Talentklasse werden, wie der Name schon sagt, Talente gefördert. Es sind Schülerinnen und Schüler, die eine grosse Stärke besitzen in einem bestimmten Bereich, wie zum Beispiel im Sport und nicht zu vergessen auch in der Musik, im Tanz und im Gestalten. Diese Klasse werden nicht explizit die Hochbegabten besuchen im intellektuellen Sinne. Es sind hochbegabte Schülerinnen und Schüler im sportlichen und musischen Bereich, daher wird die Talentklasse auch aus allen Abteilungen der Sekundarschule gebildet. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion findet diese Talentklasse eine sehr gute Sache und ein sehr sinnvolles schulisches Angebot, das Winterthur für die Jugendlichen in der Volksschule anbietet.

U. Dolski (CVP): Nachdem der Regierungsrat am 25. Februar doch noch sein Einverständnis zur Führung einer Talentklasse vorerst bis 2010/2011 erteilt hat, sieht sich die CVP-Fraktion in ihrer Unterstützungshaltung bestätigt. Die Fraktion stimmt einstimmig dem Kredit zu. Die Überführung der jetzigen Talentförderung in eine offizielle alters- und niveaugemischte Talentklasse ab diesem Sommer erachtet die CVP als Herausforderung und grosse Chance für alle Beteiligten. Offenbar ist das Bedürfnis recht gross und das Angebot noch ausbaufähig. Weil aber auswärtige Schülerinnen und Schüler erst in zweiter Priorität nach den Winterthurer Talenten berücksichtigt werden können, ist eine Quersubventionierung beziehungsweise das tiefer halten der Kosten nicht möglich aber eventuell später denkbar. Die Bewilligungserteilung für die Führung einer Talentklasse bis 2010/2011 erscheint vorerst positiv. Die CVP hat vernommen, dass der Stadtrat mit einer Interessenbekundung hofft, die geplante dritte kantonale Talentschule nach Winterthur zu holen. Die CVP fordert den Stadtrat auf mit einem proaktiven Stadtmarketing auch in dieser Richtung zu wirken. Denn es ist nicht einzusehen, warum Winterthur nach Zürich und Uster nicht auch Standort für eine kantonale Talentschule sein kann. Bedauerlich ist, dass das geplante Internationale Zentrum für Leistungs- und Breitensport nicht überzeugt werden konnte bereits in einer ersten Etappe Hand zu bieten.

O. Seitz (SP): Das erfolgreiche Projekt soll weitergeführt werden. Deshalb unterstützt die SP diesen Kredit. Was ist das Ziel? Jugendliche sollen in der Entwicklung ihrer sportlichen und musischen Talente gefördert werden und zwar in Winterthurer Schulen. Früher mussten diese Talente, die auf besondere Stundenpläne angewiesen sind, die Schule in Zürich besuchen. Zielstrebige, leistungsbereite, talentierte Sekundarschülerinnen und Schüler haben diese Unterstützung verdient. Daher ist es richtig, dass sich das Departement Schule und

Sport im Auftrag der Zentralschulpflege beim Volksschulamt für die Schaffung einer Kunst- und Sportschule in Winterthur eingesetzt hat. Faszinierend an der Talentklasse ist das pädagogische Konzept. Es wird jahrgangs- und abteilungsübergreifend unterrichtet. Ein sehr auf Heterogenität der Klasse ausgerichteter Unterricht. Darin sieht O. Seitz eine zukunftsgerichtete Pädagogik. Wünschenswert wäre, wenn künftig mehr musische Talente in diese Talentförderung integriert werden könnten.

St. Nyffeler (SVP): Es gibt nicht mehr viel zu sagen. Die Talentklasse ist eine gute Sache, die sich bewährt hat. Man sollte sie so weiterführen. Schön wäre es, wenn noch mehr Schülerinnen und Schüler von auswärts gewonnen werden könnten auch im Hinblick auf die Zukunftspläne mit einem dritten Standort der kantonalen Talentschule in Winterthur. Die SVP-Fraktion unterstützt den Kredit.

M. Stauber (Grüne/AL): Es ist nicht so, dass die Grüne/AL-Fraktion ebenfalls für ein Geschäft stimmt, wenn alle anderen Parteien dafür sind. Aber im Fall dieser Talentklasse ist das so. M. Stauber muss die Argumente nicht mehr im Detail aufzählen, das haben bereits der Referent und die Vorrednerinnen und Vorredner übernommen. Bemerkenswert ist, dass die zielstrebige Art des Stadtrates, des Departements Schule und Sport und der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) offenbar dazu geführt hat, dass der Kanton für einmal einen schnellen und positiven Entscheid gefällt, sprich die Bewilligung für diese Talentklasse erteilt hat. Die Grüne/AL-Fraktion beantragt ebenfalls Zustimmung.

Stadträtin P. Pedergnana dankt den Ratsmitgliedern herzlich für die gute Aufnahme des Geschäfts und der BSCK im Besonderen, weil sie sich auf die Beratung dieser Weisung eingelassen hat, obwohl die Ausgangslage im Januar noch unklar war. Der Regierungsrat hat zwar dem Stadtrat ein Ei gelegt, hat aber immerhin quasi als Schnellbrüter gewirkt. Die Talentklasse ist eigentlich aus einer Sparübung entstanden. Der Stadtrat hat im Rahmen der Haushaltsanierung win03 erklärt, dass die Schulgelder, die verwendet werden damit begabte Schülerinnen und Schüler die Schule in Zürich besuchen können, besser in Winterthur eingesetzt werden. Der Stadtrat kann damit mehr Kinder auf eine bessere Art und Weise – nämlich vor Ort – schulen. Die Talentklasse ist ein Erfolgsprojekt. Dieser Erfolg ist so gross, dass leicht eine 2. Klasse geführt werden könnte. Auch für die Kunst- und Sportschule wären in der Region genug Talente zu finden. Die Stadt hätte damit einen Versorgungsauftrag für den nördlichen Teil des Kantons Zürich. Damit wäre es nicht mehr möglich, auswärtige Schülerinnen und Schüler nur dann aufzunehmen, wenn noch Platz bleibt. Der Stadtrat ist an der Kunst- und Sportschule sehr interessiert und arbeitet eine Interessensbekundung aus, die im Namen der Zentralschulpflege dem Kanton unterbreitet wird. Es ist richtig, dass sich der Stadtrat im Hinblick auf die Platzzahlen darum bemühen muss, damit mehr musische Talente angemeldet werden. Im Sportbereich ist die Talentsuche sehr gut organisiert. Aus diesem Grund werden viel mehr Kinder aus dem Sportbereich angemeldet.

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt worden ist. Damit hat der Rat dem wiederkehrenden Kredit von 80'000 Franken für die Führung einer Talentklasse in Winterthur ab dem Schuljahr 2009/2010 zugestimmt.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2008/115: Selbsthilfe-Zentrum Region Winterthur: Erhöhung des jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrags von Fr. 20'000.-- auf Fr. 30'000.--

D. Berger (Grüne/AL): Das SelbsthilfeZentrum unterstützt Selbsthilfegruppen und stellt die notwendige Infrastruktur zur Verfügung. Hilfesuchende werden beraten und auf die entsprechenden Gruppen aufmerksam gemacht. Wenn neue Gruppen entstehen, wird der Aufbau der Gruppe unterstützt und in der Anfangsphase begleitet. Dazu gehören auch der Unterhalt einer Internetseite und die Erstellung eines Überblicks über die verschiedenen Gruppen. Die ca. 70 Selbsthilfegruppen werden von 800 Personen besucht. Die Leute kommen mehrheit-

lich aus Winterthur aber auch aus der Umgebung, weil nicht alle Gruppen mit Hilfesuchenden aus Winterthur ausgelastet werden können. Das Selbsthilfe-Zentrum ist als Verein organisiert und zählt 59 Mitglieder, mehrheitlich Einzelpersonen. Gegründet wurde der Verein 1992 mit ehrenamtlich arbeitenden Frauen, 1994 wurde der Betrieb professionalisiert. Momentan arbeitet das Selbsthilfe-Zentrum mit 115 Stellenprozenten und wies im Jahr 2007 einen Aufwand von 222'000 Franken aus.

D. Berger erläutert die Finanzierung anhand von Tabellen. Die Stadt Winterthur leistete bisher einen jährlich Beitrag von 20'000 Franken. Wichtig ist, dass die öffentliche Hand, das heisst Kanton, Bund und Gemeinden der Region Winterthur, das Selbsthilfe-Zentrum zusätzlich zum städtischen Beitrag mit 59'000 Franken unterstützen. Die restliche Finanzierung erfolgt durch Stiftungen, Spenden und Eigenleistungen. Engagement der Stadt: Im Jahr 1994 wurde das Selbsthilfe-Zentrum professionalisiert, das heisst es wurde eine 60 % Stelle geschaffen. Die Stadt hat sich mit 10'800 Franken am Projekt beteiligt. Im Jahr 1999 haben Stadt- und Gemeinderat beschlossen die Unterstützung auf 20'000 Franken zu erhöhen. Jetzt stellt der Stadtrat den Antrag den Betriebsbeitrag auf 30'000 Franken zu erhöhen. Gründe für die Erhöhung: Wie so oft benötigt auch hier das Fundraising enorm viele Ressourcen. Damit können sich die Mitarbeitenden nicht auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Es ist schwer abzuschätzen wie hoch der Aufwand für Fundraising im Verhältnis zum Gesamtaufwand ist, er wird auf ca. 20 % geschätzt. Das deckt sich auch mit anderen Projekten. Die Reserven betragen Ende 2007 23'000 Franken. Für das Jahr 2008 hat ein Fehlbetrag von 39'000 Franken resultiert, obwohl vorsichtig budgetiert wurde. Im noch nicht redigierten Jahresbericht 2008 kann aufgrund einer Einzelspende ein Gewinn von 15'000 Franken ausgewiesen werden. Mit dieser Spende kann im Jahr 2009 nicht mehr gerechnet werden. Gleichzeitig sind die Lohnkosten tiefer ausgefallen aufgrund einer Vakanz. Das Selbsthilfe-Zentrum benötigt jährlich 30'000 bis 40'000 Franken an Spenden. Dieser Betrag ist aber nicht zugesichert. Mit dem Beitrag der Stadt wird die Stelle nicht davon entbunden nach Spenderinnen und Spendern zu suchen. Sie muss sich weiterhin um Spenden kümmern, ist aber durch die Erhöhung etwas besser abgesichert.

Die Sachkommission Soziales und Sicherheit hat mit 6 zu 2 Stimmen der Erhöhung des Beitrags zugestimmt. Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den stadträtlichen Antrag. Hilfe zur Selbsthilfe ist die günstigste Form der Unterstützung und deshalb generell unterstützenswert. Wenn man die Finanzierung mit anderen Städten vergleicht, liegt Winterthur weit zurück. Es spricht nichts dagegen, den Betrag zu erhöhen. Mit dem relativ geringen Beitrag von 10'000 Franken kann das Selbsthilfe-Zentrum stark entlastet werden. Die Grüne/AL-Fraktion hat aber auch kritisch hinterfragt, ob die Selbsthilfegruppen nicht koordiniert werden müssten. Es gibt einen kleinen Anteil von Gruppen darunter, deren Wichtigkeit in Frage gestellt wird. Wenn all diese Gruppen überprüft werden, ob sie gewisse Anforderungen erfüllen, müssten wohl 20'000 Franken mehr gesprochen werden, damit der Aufwand abgedeckt wäre. Auch die Gemeinden um Winterthur unterstützen das Selbsthilfe-Zentrum finanziell. Aus diesen Gründen stimmt die Grüne/AL-Fraktion zu und bittet den Rat ebenfalls zuzustimmen.

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt die Erhöhung des Beitrages um 50 % ab. Das Selbsthilfe-Zentrum ist überregional und es kann nicht sein, dass alleine die Stadt Winterthur, eine Gemeinde im Finanzausgleich, die vom Kanton unterstützt wird, die Finanzierung erhöht. Die Dienstleistungen kommen allen Gemeinden in der Region zugute – nicht nur den Bewohnern der Stadt Winterthur. Bei den aktuellen finanziellen Aussichten kann sich die Stadt keine Ausgabensteigerung auf freiwilliger Basis erlauben. Daher lehnt die SVP-Fraktion die Erhöhung des Beitrages ab, obwohl der Betrag relativ klein ist.

A. Daurü (SP): Die SP unterstützt selbstverständlich die Erhöhung des jährlich wiederkehrenden Beitrag für das Selbsthilfe-Zentrum Winterthur von 20'000 Franken auf 30'000 Franken. Wie auch aus der Weisung ersichtlich, ist das Selbsthilfe-Zentrum ein Gefäss zur Erarbeitung, Austausch und Entwicklung von Strategien für die verschiedenen Personen, die von ähnlichen Problemen, Schwierigkeiten und Erlebnissen betroffen sind. Das ist ein wichtiger Punkt in der Arbeit zur sozialen Integration. Das hat die SP schon immer unterstützt und gefördert. Sie begrüsst deshalb das Engagement der Stadt für die Selbsthilfe. Nicht zuletzt kann diese Selbsthilfe verhindern, dass Betroffene auf Hilfe angewiesen sind, was klar zu

einer Entlastung der Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich führt. Deshalb ist es nicht ganz verständlich, warum die SVP nicht dafür ist. Es ist äusserst wichtig, dass diese rund 70 Selbsthilfegruppen mit ihren ca. 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern weiterhin bestehen können und dass die 115 Stellenprozent für das Kerngeschäft eingesetzt werden können und nicht dem Fundraising nachgerannt werden muss. Aus diesem Grund bittet die SP die Ratsmitglieder, der Erhöhung um 10'000 Franken auf 30'000 Franken zuzustimmen.

K. Brand (CVP): Das Selbsthilfe-Zentrum der Region Winterthur stellt ein wichtiges Element im sozialen Zusammenleben der Menschen dieser Region dar. Öffentlichkeitsarbeit ist dabei ein wichtiger Bestandteil. Damit diese Institution weiterhin ihre vielen Aufgaben für die Öffentlichkeit bewältigen kann, befürwortet die CVP die Erhöhung des Betriebsbeitrags auf 30'000 Franken.

A. Meier (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt die Beitragserhöhung für das Selbsthilfe-Zentrum. Das Selbsthilfe-Zentrum erhält Beiträge von diversen Stellen, von Stiftungen, Gemeinden, Kanton und Privaten. Weil sich aber die Spendensuche immer aufwändiger gestaltet und dafür immer mehr personelle Ressourcen benötigt werden, ist diese Aufstockung des städtischen Beitrags angezeigt, auch weil die meisten Personen in den Selbsthilfegruppen in der Stadt Winterthur wohnen. Es ist zwar fraglich, ob sich die Stadt in der momentanen finanziellen Situation und in Anbetracht der Rezession einen Leistungsausbau leisten kann, auch wenn es sich lediglich um 10'000 Franken handelt. Die FDP unterstützt den Beitrag trotzdem. Selbsthilfegruppen leisten für die Betroffenen einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung ihrer Probleme und Schwierigkeiten. Es ist ein niederschwelliges Angebot und bietet Hilfe zur Selbsthilfe. Wenn die betroffenen Personen andere Stellen um Hilfe angehen müssten, würde das bedeutend teurer.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion unterstützt die Erhöhung von 10'000 Franken für das Selbsthilfe-Zentrum. Es handelt sich um ein niederschwelliges und sinnvolles Angebot. In den letzten Jahren sind laufend neue Gruppen und Personen dazugekommen, die Hilfe zur Selbsthilfe gefunden haben. Selbsthilfe ist ein wichtiges Thema, deshalb sind diese 10'000 Franken sehr sinnvoll eingesetzt.

Stadträtin M. Ingold dankt für die gute Aufnahme. Sie freut sich für das Selbsthilfe-Zentrum, dass es damit auch Öffentlichkeitsarbeit leisten kann. Denn es ist wichtig, dass man das Selbsthilfe-Zentrum kennt. Private Trägerschaften lassen sich nicht an den Grenzen der Gemeinden bremsen. Sie arbeiten solidarisch, überregional über die Grenzen hinaus. Das ist gut. Es wäre deshalb zu einschränkend, wenn der Betriebsbeitrag nur Menschen aus Winterthur zugute kommen würde. Das wäre ein kleinliches Denken. Hilfe zur Selbsthilfe erhält unter allen sozialpolitischen Handlungsweisen der öffentlichen Hand den grössten Konsens und das über alle Parteigrenzen hinweg. Im Departement Soziales wird das Ziel – die Hilfe zur Selbsthilfe – in allen Diensten verfolgt. Denn Eigenständigkeit, Selbstverantwortung und die Mobilisierung der eigenen Kräfte steht immer im Zentrum. Bei der Investition ins Selbsthilfe-Zentrum ist diese Hilfe zur Selbsthilfe praktisch das ausschliessliche Ziel und daher maximal wirkungsvoll.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Ablehnungsantrag der SVP abstimmen.

Der Rat stimmt mit grossem Mehr dem Antrag des Stadtrates und somit der Erhöhung des wiederkehrenden jährlichen Betriebsbeitrags von 20'000 Franken auf 30'000 Franken zu.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2009/001: Konfessionelle Spitex-Vereine in Winterthur: Erhöhung des städtischen Defizitbeitrages auf jährlich max. Fr. 350'000.--

K. Brand (CVP): Die Sachkommission Soziales und Sicherheit empfiehlt dem Gemeinderat die Annahme der Erhöhung des Defizitbeitrages auf jährlich maximal 350'000 Franken. In der Abstimmung haben sich alle Kommissionsmitglieder für den Antrag ausgesprochen. Die konfessionellen Spitex-Vereine sind bis 2007 vom Bund, dem Kanton und der Stadt Winterthur unterstützt worden. Mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) ist auch der Wegfall der Bundesbeiträge eingeläutet worden. Ab 2008 musste somit der ganze Unterstützungsbeitrag vom Kanton und der Stadt Winterthur getragen werden. Das hatte zur Folge, dass der Beitrag von 82'000 Franken um 268'000 Franken angehoben und neu auf maximal 350'000 Franken festgesetzt wurde. Die Alterspflege der konfessionellen Spitex ist wichtig und notwendig. Zumal immer mehr ältere Menschen und Behinderte gepflegt werden müssen und auch die Kosten zu explodieren drohen. Viele Menschen sind gezwungen Pflegeleistungen zu Hause in Anspruch zu nehmen. Familien mit zwei und mehr Kindern sind weniger geworden und die Zahl der Ehepaare ohne Kinder, sowie der alleinstehende Menschen ist deutlich angestiegen. Durch diese Entwicklung werden die Spitex-Dienste zunehmend in Anspruch genommen. Der zuständige Bereichsleiter des Departements Soziales hat dies bestätigt. Dieses Geld ist für die Pflege von Menschen sinnvoll eingesetzt. Die CVP-Fraktion folgt der Kommissionsmeinung und stimmt der Erhöhung des Defizitbeitrags zu.

A. Meier (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt die stadträtliche Vorlage. Mit der Einführung des neuen Finanzausgleichs erhalten die konfessionellen Spitex-Organisationen keine Bundessubventionen mehr und sind deshalb auf andere Finanzierungsquellen angewiesen. Nur ein Teil der Bundessubventionen wird durch die Beiträge des Kantons aufgefangen. Den Rest muss die Stadt Winterthur übernehmen. Eine Erhöhung der privaten Spenden ist unrealistisch. Vor diesem Hintergrund hat der Gemeinderat praktisch keine andere Wahl, als der Erhöhung des Defizitbeitrages zuzustimmen, weil er will, dass die betagten Personen möglichst lange zu Hause wohnen können und dort betreut und gepflegt werden. Die FDP-Fraktion begrüsst das Engagement der konfessionellen und privaten Spitex-Organisationen. Winterthur ist auf diese wichtigen Leistungserbringer angewiesen, weil sie eine Ergänzung zur städtischen Spitex darstellen. Einen weiteren Ausbau der Leistungen der konfessionellen Spitex-Vereine wäre wünschenswert.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion unterstützt die Erhöhung des Beitrags an die konfessionellen Spitex-Vereine. Sie bieten seit Jahren ein ergänzendes Angebot zur städtischen Spitex und sind in der ambulanten Versorgung nicht mehr wegzudenken. Diese nimmt laufend zu nicht zuletzt aufgrund der Devise ambulant vor stationär, die in der Altersplanung der Stadt Winterthur ausdrücklich gefördert wird. B. Günthard Fitze bittet die Ratsmitglieder, der Erhöhung des Beitrags zuzustimmen.

B. Baltensberger (SP): Die SP-Fraktion begrüsst die Erhöhung des Defizitbeitrags auf jährlich maximal 350'000 Franken für die konfessionellen Spitex-Vereine. Diese drei Vereine – nämlich der evangelische Krankenpflegeverein Winterthur, der Verein katholische Gemeindegemeinschaften Winterthur und der Verein katholische Krankenpflege Oberwinterthur haben sich in den letzten Jahrzehnten zu professionellen Spitex-Organisationen gemauert und garantieren, in Ergänzung zur städtischen Spitex, die fachgerechte Spitex externe Kranken- und Gesundheitspflege in Winterthur. Die Stadt muss jetzt finanziell in die Bresche springen, weil der Bund mit dem neuen Finanzausgleich keine Beiträge an private Organisationen mehr bezahlt. Mit dieser Defizitgarantie fährt die Stadt finanziell am besten, weil diese Lösung günstiger ist, als wenn die Leistungen über die städtische Spitex erbracht werden müsste.

Diese Konstellation, dass es neben der städtischen Spitex noch drei weitere Anbieter gibt, bringt nicht nur Vorteile für die städtischen Finanzen sondern auch für die Patientinnen und Patienten. Die kirchlichen Spitex-Vereine werden von den Angehörigen sehr geschätzt und geniessen einen sehr guten Ruf. Nicht zuletzt können die Patientinnen und Patienten zwischen mehreren Anbietern wählen. Der SP-Fraktion ist es ein besonderes Anliegen sich bei den Mitarbeitenden der Spitex-Organisationen zu bedanken. Sie tragen dazu bei, dass den Winterthurerinnen und Winterthurern ein qualitativ hochstehendes Angebot zur Verfügung steht.

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt der Erhöhung des Defizitbeitrags auf 350'000 Franken zu. Diese konfessionellen Spitex-Vereine helfen der Stadt möglichst viele ältere Menschen zu Hause zu betreuen. Dadurch können diese Menschen länger in ihren Wohnungen bleiben und müssen nicht in Alterszentren betreut werden. Die Kosten der Spitex-Vereine sind viel tiefer als die Kosten in einem Alterszentrum. Gleichzeitig können viele Menschen glücklich gemacht werden, weil sie in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Die privaten Spitex-Vereine arbeiten wesentlich günstiger als die städtische Spitex-Organisation und verdient einen grossen Dank. Daher unterstützt die SVP-Fraktion die Erhöhung des Defizitbeitrags.

Stadträtin M. Ingold dankt für die gute Aufnahme der Vorlage. Bei der Erhöhung der Defizitbeiträge handelt es sich um die Folgen des Rückzugs des Bundes aus der Spitex-Finanzierung. Die nun ausgearbeiteten Leistungsvereinbarungen sind auch ein Zeugnis der erfreulichen und erfolgreichen Zusammenarbeit der städtischen Spitex mit den konfessionellen Spitex-Vereinen. Sie ist auch ein Ausweis der Verbindlichkeit, die den konfessionellen Spitex-Vereinen einen finanziellen Rückhalt geben. Stadträtin M. Ingold freut sich für die Stadt Winterthur, dass durch diese gute Zusammenarbeit eine gute Qualität gewährleistet werden kann.

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt worden ist. Damit hat der Rat der Erhöhung des Defizitbeitrages auf jährlich maximal 350'000 Franken zugestimmt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2009/003: Beteiligung der Stadt Winterthur an der Biorender AG (Biogasanlage)

R. Wirth (SP): Die Stadt soll sich im Umfang von 3 Millionen am Aktienkapital der Biorender AG beteiligen. Dieser Betrag würde zulasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens von Stadtwerk Winterthur gehen. Die Biorender AG wird aus der Vergärung von tierischen Nebenprodukten Biogas produzieren. Tierische Nebenprodukte sind in erster Linie Schlachtabfälle und Tierkadaver. Das Gas wird ins Erdgasnetz eingespeist als CO² neutrales Gas. Die Gesamtproduktion dieser Anlage beträgt ca. 10 % des Gesamtverbrauchs der Stadt Winterthur. Stadtwerk würde sich über einen Aktionärsbindungsvertrag das dringend benötigte Kontingent von Biogas zu einem vernünftigen Preis sichern. Die Aktiengesellschaft befindet sich mehrheitlich im Besitz der Städte St. Gallen, Wil und Winterthur. Die beiden anderen Städte haben bereits zugesagt. Die Anlage wird auch ohne Winterthurer Beteiligung gebaut. Der Spatenstich erfolgt im nächsten Monat.

Die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) hat mit 7 zu 0 Stimmen zugestimmt. Es handelt sich aber nicht um ein einfaches Geschäft. R. Wirth informiert über die Stärken und Schwächen des Projekts anhand von Folien. Risiken und Schwächen: Die Konfiguration der Technik ist neu. Zwar sind die einzelnen Komponenten der geplanten Anlage alle bereits in Betrieb aber nicht in dieser Konfiguration. Hier besteht ein gewisses technisches Risiko, das in der Kommission genauer geprüft worden ist. Auch die Beschaffung der Rohstoffe bildet ein gewisses Risiko. Die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten ist ein Geschäft, das

bisher vor allem die Tiermehlfabrik Bazenheid kontrolliert. Es ist nicht ganz sicher, ob die Rohstoffe von den Schlachthöfen nachhaltig beschafft werden können. Einige Argumente sprechen aber dafür, dass das möglich sein sollte. Die Tiermehlfabrik Bazenheid ist ein grosser Konkurrent und hat die Absicht geäussert, eine viel grössere Biogasanlage zu bauen. Das würde zu Überkapazitäten führen. Die Kommission hat sich mit diesem Problem auseinandergesetzt. Ob die Anlage aber tatsächlich gebaut wird, ist ungewiss. Im Markt für die Rohstoffbeschaffung ist die Tiermehlfabrik ein grosser Player – die Kantone und die Schlachthöfe der Grossverteiler liefern ihre Tiernebenprodukte nach Bazenheid. Es handelt sich also um Risikokapital.

Die BBK ist einstimmig der Meinung, dass dieses Geschäft vertretbar ist. Chancen und Stärken: Es geht darum sich langfristig die Bezugsrechte zu sichern. Stadtwerk benötigt Biogas. Mit dieser Anlage kommt Stadtwerk auf einfache Art und Weise dazu. Den Kommissionsmitgliedern war es auch ein Anliegen Wettbewerb in diesen Rohstoffmarkt zu bringen. Ein weiteres Argument ist, dass ab 2011 ein Fütterungsverbot für Speiseresten eingeführt wird. Damit müssen pro Jahr 200'000 Tonnen an Speiseresten verarbeitet werden. Die Vergärung zu Erdgas ist eine sinnvolle Verwertung. Deshalb haben die Kommissionsmitglieder entschieden, dass das Marktrisiko vertretbar ist. Zudem wird damit ein weiteres Problem gelöst. In Winterthur werden tonnenweise Speiseabfälle anfallen, die entsorgt werden müssen. Mit dieser Anlage kann das Problem gelöst werden. Technisch handelt es sich um ein innovatives Projekt. Alle Gutachten haben gezeigt, dass es machbar ist. Die Stiftung Klimarappen hat einen Beitrag von 1,7 Millionen zugesagt. Die Finanzierung dieses Projekts ist gesichert, unabhängig davon, wie Winterthur entscheidet. Baubeginn ist Anfang April. Die BBK hat das Geschäft in drei Lesungen geprüft. Letzten Donnerstag wurde an einer Sondersitzung erneut darüber diskutiert. Die Kommissionsmitglieder haben die Aufsichtspflicht wahrgenommen und sind zum Resultat gekommen, dass die Beteiligung an der Biorender AG empfohlen werden kann. Die SP-Fraktion schliesst sich den Argumenten der Sachkommission an und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung.

Ratspräsident W. Langhard dankt R. Wirth für die Ausführungen. Im Antrag der BBK steht, dass die Beteiligung 3 Millionen betragen soll. Ist das richtig?

R. Wirth bestätigt, dass das ein Antrag der BBK ist.

M. Hollenstein (CVP): Die BBK hat das Projekt Biorender AG während drei Lesungen geprüft und am letzten Donnerstag mit 7 zu 0 Stimmen zugestimmt. An der ersten Lesung hat die Kommission dem Kredit für das Aktienkapital von 3 Millionen Maximalbeitrag mit 0 zu 9 Stimmen zugestimmt. Die CVP kann diesem Vorhaben ebenfalls zustimmen. Mit der Anlage der Biorender AG wird in Zukunft Biogas produziert in einer Menge von rund 40'000 Megawattstunden pro Jahr. Dieses kann in die Erdgasleitung eingespeist werden. Dadurch erhalten die Stadtwerke Winterthur den Vorteil einer sehr guten CO² Bilanz. Es können ca. 4'000 Tonnen CO² pro Jahr eingespart werden. Winterthur verfügt durch den Aktienanteil über ca. 3/8 der Biogasproduktion. Dadurch kann die Luftbelastung stark reduziert werden. Da Winterthur an der Erdgas Ostschweiz beteiligt ist, hat die Stadt ein reges Interesse an der Einspeisung von Biogas. Somit werden weniger fossile Brennstoffe benötigt. Dies ist ein Schritt hin zu einem führenden Wirtschaftsstandort in Bezug auf erneuerbare Energie. M. Hollenstein fordert die Ratsmitglieder auf, dem Vorhaben zuzustimmen.

H. Keller (SVP): Die SVP hat es sich mit dieser Entscheidung nicht einfach gemacht, da es sich um den Einstieg in ein Geschäft handelt, das die SVP lieber der selbständigen Führung der Privatwirtschaft überlassen würde. Dieses Geschäft ist sicherlich mit einem Risiko verbunden. Vor allem die Beschaffung des Rohmaterials ist ein grosses Problem und ohne genügend Rohmaterial gibt es kein Gas. Die Tiermehlfabrik in Bazenheid ist ein grosser Konkurrent, sind doch an dieser Firma 16 Kantone beteiligt und die grössten Schlachtereien in der Schweiz – wie Migros, Coop etc. Wenn öffentliche Gelder investiert werden, muss eine sinnvolle gebietsübergreifende Planung realisiert werden. Die SVP hat sich aber überzeugen lassen, dass die Tiermehlfabrik von der Erzeugung von Erdgas noch weit entfernt ist und die Biorender relativ rasch der Stadt Winterthur Erdgas abgeben könnte. Kann das Risiko einge-

gangen werden. Die SVP-Fraktion wird der Beteiligung in der Höhe von 3 Millionen zustimmen. Allerdings stellt die Fraktion eine Bedingung. Stadtrat M. Gfeller muss zuhänden des Ratsprotokolls folgende Erklärung abgeben: „Für die Biogasproduktion dürfen niemals landwirtschaftliche Produkte wie Mais, Getreide oder Gras verarbeitet werden, solange die Stadt Winterthur an dieser Firma beteiligt ist.“

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion unterstützt die Bestrebungen der Stadt Winterthur in alternative Energieformen zu investieren. Im Moment ist vieles im Umbruch. Wenn die Schweiz in Zukunft unabhängig vom Ausland und wenn möglich ohne Atomkraft ihren Energiebedarf decken will, müssen andere Formen der Energiegewinnung eingesetzt werden. Die Energiegewinnung aus Abfallstoffen ist sinnvoll und schlägt mehrere Fliegen auf einen Streich. Das Geschäft, das die Biorender AG betreiben will, ist mit verschiedenen Risiken behaftet, wie das auch der Referent ausgeführt hat. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion ist bereit diese Risiken in Kauf zu nehmen, weil eine neue Energie erprobt wird, die Potential besitzt. Biogas ist ein gefragter Energieträger und mit dem Engagement sichert sich die Stadt Bezugsrechte für Biogas. Als Energiestadt ist Winterthur verpflichtet etwas zu wagen und eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion stimmt der Beteiligung an der Biorender AG zu.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die BBK hat alles gegeben. Am Donnerstagnachmittag wurde eine Sondersitzung einberufen. Die Kommissionsmitglieder haben dem Geschäft mit 7 zu 0 Stimmen zugestimmt. Am Donnerstag hat der CEO der Tiermehlfabrik Bazenheid in der Kommission seine Idee erklärt. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Biogasproduktion vorerst lediglich eine Idee ist und noch kein Projekt. Für die Stadt Winterthur ist die Beteiligung an der Biorender AG wichtig, damit den Kunden Biogas weiterverkauft werden kann. R. Wirth hat es erwähnt, Küchenabfälle werden in den nächsten Jahren ein Thema werden, auch dafür braucht es eine vernünftige Lösung. Auch der Businessplan der Biorender AG wurde gewürdigt beispielsweise von 4 verschiedenen Banken, die bereit sind Geld zu investieren. Es handelt sich um die Raiffeisenbank, die Alternative Bank in Olten, die Thurgauer Kantonalbank und die Zürcher Kantonalbank. Aus all diesen Gründen ist die Grüne/AL-Fraktion für die Zeichnung der Aktien in der Höhe von 3 Millionen, für dieses innovative und wegweisende Unternehmen.

J. Heusser (FDP): Die FDP-Fraktion begrüsst die Beteiligung in der Höhe von 3 Millionen an der Biorender AG. Die BBK hat vorgeschlagen das Aktienkapital von 2 auf 3 Millionen aufzustoßen. Der Ablauf in der Sachkommission war sehr schwierig. Es wurde noch nicht oft eine Sitzung am Donnerstagnachmittag anberaumt. Die BBK hat Ja gesagt – sie wollte aber keinen Fehlentscheid treffen. Trotzdem haben sich die Kommissionsmitglieder überzeugen lassen. Überzeugt hat auch der Wirkungsgrad dieser Biogasanlage. Stadtwerk kann sich einen grossen Teil der Gasproduktion sichern. Das Geplänkel der Tiermehlfabrik Bazenheid ist nicht gut angekommen. J. Heusser hat gewisse Probleme damit gehabt. Trotzdem ist der Donnerstagnachmittag mit dem CEO der Tiermehlfabrik gut abgelaufen. J. Heusser bittet die Ratsmitglieder, wie die Parlamente von Wil und St. Gallen, zu dieser Biogasanlage Ja zu sagen und zwar noch deutlicher als Wil und St. Gallen.

Stadtrat M. Gfeller dankt der BBK ganz herzlich für die Flexibilität. Er hat es ausserordentlich geschätzt, dass der Entscheid so rasch gefällt werden konnte. Dieser schnelle Entscheid hilft mehr Geld einzunehmen, weil das Geld aus der Stiftung Klimarappen fliesst sobald Gas produziert wird – bis zu einem bestimmten Endpunkt. Das heisst je schneller Gas produziert werden kann, desto mehr Geld wird die Stiftung Klimarappen zur Verfügung stellen, um das Projekt zu unterstützen. Das Winterthurer Parlament hat – fast in einer Aufholjagd gegenüber St. Gallen – Boden gut machen können. Ursprünglich sind beide Stadtratsweisungen in St. Gallen und Winterthur ungefähr zur gleichen Zeit publik gemacht worden. In Winterthur sind aber zwei Wochen Sportferien dazwischen gekommen, das hat zu einem Rückstand geführt. Stadtrat M. Gfeller ist aber zuversichtlich, dass Wil, St. Gallen und Winterthur gleichberechtigte Hauptaktionäre der Biorender AG sein werden, zusammen mit weiteren Städten –

Schaffhausen, Uzwil, Wattwil und Umgebung, Flawil und zwei drei weiteren Gemeinden, die sich als kleinere Aktionärinnen an diesem Projekt beteiligen.

Die Aufforderung der SVP hat Stadtrat M. Gfeller in der BBK etwas anders formuliert. Er hat erklärt, dass keine landwirtschaftlichen Primärprodukte in der Biorender AG verarbeitet werden – damit sind die gleichen Produkte gemeint, die von der SVP genannt worden sind. Für Stadtrat M. Gfeller ist es ebenfalls ausgeschlossen, dass direkt Mais, Getreide oder Gras verarbeitet werden. Es wäre auch nicht wirtschaftlich, wenn die Biorender AG, deren technischer Aufwand doppelt so hoch ist als in einer normalen landwirtschaftlichen Biogasanlage, solche Produkte verarbeiten würde. Die Rohwaren, die angenommen werden, sind Abfallprodukte. Für die Entsorgung müssen die Lieferanten Gebühren bezahlen. Es werde keine Rohwaren eingekauft. Eine gewisse Versuchung landwirtschaftliche Primärprodukte zu verarbeiten, könnte dann bestehen, wenn Engpässe gedeckt werden müssten. Es soll eine Entsorgungsanlage gebaut werden für tierische Nebenprodukte oder für Nebenprodukte aus der pharmazeutischen Industrie. Die Idee ist, aus Abfällen Biogas herzustellen. Stadtrat M. Gfeller hofft diese Erklärung genügt der SVP.

Der Stadtrat ist sehr froh über die Flexibilität. Sie ist nötig geworden, weil die Tiermehlfabrik – die tatsächlich in diesem Geschäft ein grosser Player ist – ein ähnliches Projekt hervorgezaubert hat. Tatsächlich ist es aber gar nicht möglich, dieses Projekt so schnell zu realisieren. Ohne einen massiven Ausbau des Gasleitungsnetzes wäre es zudem nicht möglich diese Biogasanlage zu realisieren. Bei der Standortsuche für eine Biogasanlage muss geprüft werden, ob auch im Sommer der Gasabsatz hoch genug ist für den kontinuierlichen Gasanfall. Der Standort Bazenheid ist in dieser Hinsicht weniger günstig, als der Standort Münchwilen. Dort bauen die technischen Betriebe Wil bereits eine Biogasleitung, die auf das Projekt der Biorender AG abgestimmt ist. Es handelt sich um eine sehr sorgfältig vorbereitete Anlage. Ursprünglich wollte sich die AXPO am Projekt beteiligen. Sie wollte das Gas aber direkt in Strom umwandeln. Das Verstromen von Gas macht nicht viel Sinn, wenn die Abwärme nicht genutzt werden kann. Deshalb hat man sich entschieden, das Gas zu einer so hohen Qualität aufzubereiten, dass es ins Erdgasnetz eingespeist werden kann. Damit kann das Gas dort zur Wärmeerzeugung eingesetzt werden, wo es gebraucht wird. Stadtrat M. Gfeller ist vom Projekt überzeugt. Er will die Risiken aber nicht verschweigen. Es bestehen technische Risiken und vom grossen Konkurrenten Tiermehlfabrik geht auch ein gewisses Marktrisiko aus. Biorender ist für die regionalen Bedürfnisse ein massgeschneidertes Projekt, das durchaus eine Chance hat, sich gegen einen fast schon nationalen Konzern wie die Tiermehlfabrik so durchzusetzen, dass beide nebeneinander leben können. Der Stadtrat wird auch in Zukunft in Kontakt bleiben mit der Tiermehlfabrik und eine vernünftige Aufteilung des Marktes diskutieren. Stadtrat M. Gfeller bedankt sich für die Zustimmung. Der Stadtrat schliesst sich dem Antrag der BBK an, die Beteiligung auf 3 Millionen zu erhöhen.

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wurde. Somit hat der Gemeinderat, mit der Zustimmung des Stadtrates, der Beteiligung der Stadt Winterthur am Aktienkapital der Biorender AG in der Höhe von 3 Millionen zulasten des Verwaltungsvermögens von Stadtwerk Winterthur, zugestimmt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2009/011: Investitionsbeitrag von maximal Fr. 430'000.-- für Massnahmen zur Verbesserung der Beleuchtung und der Akustik im Konzertsaal des Stadthauses

M. Wenger (FDP): Der Investitionsbeitrag von 430'000 Franken soll für Massnahmen zur Verbesserung der Beleuchtung und der Akustik im Konzertsaal des Stadthauses eingesetzt werden unter dem Vorbehalt, dass die Gesamtfinanzierung zustande kommt. M. Wenger zeigt anhand von Bildern die Situation im Konzertsaal des Stadthauses. Der Saal wird seit ca. 100 Jahren als Konzertsaal benutzt – aktuell vom Musikkollegium. Es wurden bereits einzelne Massnahmen getroffen, um die schlechte Akustik zu verbessern. Die geplanten Massnahmen sind alle reversibel. Das ist im Zusammenhang mit der Denkmalpflege wichtig.

Im Auftrag des Musikkollegiums hat das Architekturbüro Johann Frei im Jahr 2003 ein Projekt ausgearbeitet für 3 Teilbereichen. 1. Akustisch optimierte Wandbekleidung der Bühnenwände: Dieser Teil ist im Jahr 2003 realisiert worden und hat sich in der Zwischenzeit bewährt. 2. Akustisch optimierte Deckenreflektoren, mit neuer Oberfläche und teilweise mit neuer Geometrie. 3. Ellipsoid, als akustisch optimierter Vorbühnenreflektor. Diese beiden Teilbereiche werden im vorliegenden Projekt wieder aufgenommen. Das Projekt besteht aus 4 Massnahmen. 1. Demontage der Bühnendecke und das Anbringen einer neuen Bühnendecke aus Holzwerkstoff-Paneelen. Eine neue Beleuchtung soll mehr Licht geben auch Richtung Vorbühne, damit ist Vorbühnenbeleuchtung auch bei vollständig ausgefahrener Bühne gewährleistet. 2. Teil: Vorbühnenreflektor, 3 Ellipsoide: Neben der Beleuchtung ist die Verbesserung der Akustik ein wichtiges Element. Mit den Ellipsoiden soll der Schall im Saal optimal verteilt werden. Als Lichtquell werden im Innern der Ellipsoide LED-Ketten verwendet, welche gestatten, dass sie als selbstleuchtende Körper in verschiedenen Farben leuchten. Es können auch Lichtszenarien programmiert werden. 3. Sanierung des „Flutter-Tons“: Die Kommissionsmitglieder konnten sich von den störenden Einflüssen dieses „Flutter-Tons“ überzeugen. Das kann saniert werden, indem auf den Seiten die Täferelemente rückgebaut werden. 4. Teil: Bisher konnte man die Saalbeleuchtung lediglich im Hell- Dunkel-Bereich steuern. Die Leuchtmittel sollen erneuert und die Steuerung für den ganzen Saal zentralisiert werden. Auf der Galerie sollen LED-Lichtbänder angebracht werden. Mit diesen Massnahmen sollen Verbesserungen im Hinblick auf Akustik, Beleuchtung und Optik erreicht werden. Sie werden aber auch die gesundheitliche Situation der Musiker verbessern. Die Bühne kann besser ausgenutzt werden und die Distanz zwischen den Musikern wird vergrössert. Die Probleme in Bezug auf die Gehörbelastung kann reduziert werden. Die Finanzierung durch das Musikkollegium ist sichergestellt. Wenn der Betrag von 410'000 Franken durch den Gemeinderat gutgeheissen wird, kann das Projekt realisiert werden. Der Umbau könnte dann in den Sommerferien stattfinden. Die Arbeiten sollten Mitte August 2009 abgeschlossen sein. Die Aufsichtskommission (AK) unterstützt den Investitionsbeitrag mit 7 zu 2 Stimmen. Meinung der FDP: Das Musikkollegium investiert sehr viel auf privater Basis und sammelt Geld für eine gute Akustik. Die Beleuchtung wird den individuellen Bedürfnissen anpassbar. Der Saal wird aufgewertet und auch andere Anlässe, wie zum Beispiel die Jungbürgerfeier, können davon profitieren. Diese öffentliche und private Zusammenarbeit – Neudeutsch Public-Private Partner Ship – ist sehr sinnvoll. Die FDP unterstützt diesen Investitionsbeitrag und bittet die Ratsmitglieder, der Vorlage ebenfalls zuzustimmen.

U. Bründler (CVP): Winterthur darf sich rühmen. Die herrlichen Konzerte im Stadthaus sind ein wichtiger Faktor und ein wahres Aushängeschild für die Stadt. U. Bründler hört sehr gerne klassische Musik, kann sie geniessen und sich in eine andere Welt versetzen lassen. Die Konzerte, die dort zu hören sind, sind von hochgradiger Qualität. U. Bründler ist aber nur Konsumentin und kann daher nur schwer beurteilen, ob die Akustik und die Beleuchtung stimmen und ob für die Musiker die Platzverhältnisse optimal sind. Wenn das aber Fachleute bestätigen, glaubt das nicht nur U. Bründler sondern auch die Fraktion.

Die Gesamtkosten von über einer Million Franken scheinen auf den ersten Blick viel Geld, aber Chapeau, dass sich das Musikkollegium mit rund zwei Dritteln an der geplanten Finanzierungssumme beteiligt. Damit verbleiben der Stadt im Maximum 430'000.Franken. Im weiteren Sinn ist auch dies ein Zeichen von Public-Private Partner Ship. Bei den regelmässigen Konzertbesuchern werden die Ellipsoiden, die wie fliegende Untertassen von der Decke baumeln, sicher noch zu reden geben. Der Mensch ist aber ein Gewohnheitstier und wenn es der Sache, das heisst einer besseren Beleuchtung, dient, dann erfüllen auch Ufos im Konzertsaal ihren Zweck. Bei der Vorbesprechung in der Kommission war oft auch von Gehörschädigungen die Rede. Der enge Bühnenkasten könnte für Musiker gesundheitsschädigend sein. Darum auch die erneute Vergrösserung der Bühne. Es macht aber stutzig, und U. Bründler fragt sich, warum in der Weisung nichts von möglichen Gehörschädigungen zu lesen ist. Auf dieses, nicht unwesentliche Argument, hätte man in der Weisung auch hinweisen müssen. Nichts desto trotz, und zum Wohle der Musikanten, die auf ein gutes Gehör angewiesen sind, stimmt die CVP-Fraktion dem Investitionsbeitrag zu und hofft auf eine noch bessere Qualität der Musikdarbietungen, auf eine bessere Akustik und Beleuchtung alles

zum Wohle der Musikerinnen und Musiker, der Zuhörerinnen und Zuhörer und zur Bereicherung der Stadt.

R. Isler (SVP): Es handelt sich um ein Geschäft, das nicht emotional beantwortet werden dürfte. R. Isler ist ein grosser Fan von klassischer Musik und des Musikkollegiums. Trotzdem muss diese Vorlage auch rational und politisch angeschaut werden. Seit November 2008 hat die Stadt Winterthur bereits Mehrausgaben von rund 100 Millionen bewilligt. Heute wird der Gemeinderat nach der Sitzung erneut 4 Millionen ausgegeben haben. Deshalb muss die Frage gestellt werden, wer das bezahlen soll. Die Stadt soll sich jetzt mit 430'000 Franken an den Investitionen in den Konzertsaal des Stadthauses beteiligen. Dieser Beitrag ist zu hoch. Mag sein, dass die Ablehnung die falsche Institution trifft, ist das Musikkollegium doch weit herum bekannt und macht gute Musik. In einem Konzertsaal sollte vor allem die Akustik verbessert werden. Damit hätte die SVP-Fraktion noch leben können. Dass aber zusätzlich die Beleuchtung erneuert wird, ist nicht unbedingt notwendig. Auch die Sanierung der „Flutter-Töne“ ist ein Kostenpunkt, der die Vorgaben der SVP überspannt und kann nicht vertreten werden. Mit der Sanierung der Akustik hätte sich die SVP einverstanden erklären können. Da in der Kommission eine Aufteilung der Teilprojekte im genannten Sinn nicht möglich war, lehnt die SVP die Vorlage ab.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion wird den Antrag des Stadtrates unterstützen – zum Teil aus Überzeugung zum Teil eher murrend. Die Akustik soll zweifellos verbessert werden. Das ist eine Verbesserung für die Zuhörer und für die Musiker. Als Zuhölerin geniesst es D. Schraft natürlich, wenn der Klang besser wird. Für die Musiker ist eine gute Akustik ebenfalls wichtig, weil dadurch das Zusammenspiel erleichtert wird. Dass damit gleichzeitig ein Beitrag geleistet werden kann, das Risiko einer Gehörschädigung zu reduzieren, sollte der Stadt als Eigentümerin des Konzertsaals etwas wert sein. Laut der Lärmtabelle der SUVA arbeiten Musiker unter Lärmverhältnissen, die Massnahmen zur Lärmbekämpfung zwingend notwendig machen. Man wird den Konzertsaal im Stadthaus akustisch nicht so weit verbessern können, dass er perfekt wird. Was möglich ist, soll gemacht werden. Mit den Ellipsoiden kann gleichzeitig mit der Verbesserung der Akustik auch das Licht und die Stimmung verbessert werden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Welche Verbesserungen die Investitionen in die übrige Beleuchtung bringen wird, kann D. Schraft nicht beurteilen. Sie wird die Verbesserungen aber sicherlich bemerken, wenn sie nach der Sanierung wieder ein Konzert besucht und wird dann erst realisieren, wie nötig die Massnahmen waren. Dass das Musikkollegium den grössten Teil der Verbesserungen selber finanziert, ist erfreulich. Aber eigentlich wird das von der Fraktion auch erwartet. Das Musikkollegium erhält von der Stadt recht hohe Subventionen. Die Stadt ist grosszügig, wenn sie einen Investitionsbeitrag von maximal 430'000 Franken übernimmt. Diese Grosszügigkeit ist gerechtfertigt, weil das Musikkollegium einen grossen Beitrag leistet Winterthur als Stadt mit einem grossen kulturellen Angebot bekannt zu machen. Ein Angebot, das wenige Vergleiche innerhalb der Schweiz scheuen muss. Wenn die Stadt aber später für alternative Kulturanlässe um Hilfe angegangen wird, hofft die Grüne/AL-Fraktion, dass der Stadtrat auch diese Anlässe unterstützen wird. Diese alternativen Anlässe tragen ebenfalls zum guten Ruf Winterthurs als Kulturstadt bei.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion ist der Ansicht, dass Akustik und Beleuchtung im Konzertsaal des Stadthauses verbessert werden sollen. Das Gesamtprojekt gliedert sich in drei Teilbereiche, wobei der 1. Teil bereits im Jahre 2003 realisiert worden ist. Jetzt stehen die beiden Teilbereiche 2 und 3 – die Deckenreflektoren und die Ellipsoide – zur Diskussion. Die Gesamtkosten betragen rund 1,14 Millionen. Der Hauptteil im Umfang von 713'000 Franken wird durch das Musikkollegium finanziert. Bemerkenswert ist, dass dieser Betrag zu 100 % durch Spenden finanziert wird. Das heisst, es werden weder Rückstellungen aufgelöst noch sonstige Reserven angezapft. Damit sind im Betrag von 713'000 Franken auch keine indirekten staatlichen Subventionen versteckt, er wird durch Private finanziert. Es ist zu hoffen, dass auch andere gemeinnützige Bauten eine ähnlich hohe Eigenfinanzierung anstreben und umsetzen können. Besonders gut gefällt die Kombination von Akustik und Beleuchtung. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion stimmt dem Kreditantrag zu.

J. Würzler (SP): Auch die SP ist für mehr Licht im Konzertsaal des Stadthauses. Möge die Erleuchtung das ganze Stadthaus erfassen und insbesondere auch dessen Bewohner und vor allem die Bewohner auf den oberen Etagen. Heute wird im Rat ein Investitionskredit von 430'000 Franken besprochen. Dieser schlägt sich in der laufenden Rechnung nur sehr bescheiden nieder – mit maximal 73'000 Franken und minimal 52'000 Franken. Wenn man in Betracht zieht, dass aufgrund der Akustik ein IV-Fall entstehend könnte, ist dieser Betrag bescheiden. J. Würzler bittet die Ratsmitglieder, dem Geschäft zuzustimmen.

Stadträtin V. Gick dankt den Ratsmitgliedern für die überwiegend positive Aufnahme des Investitionsbeitrages von 430'000 Franken für die Verbesserung der Beleuchtung und der Akustik im Konzertsaal. Das Musikkollegium hat sich sehr bemüht und erfolgreich Geld gesammelt. 713'000 Franken sind dadurch zusammengekommen. Damit fällt es dem Stadtrat leichter den notwendigen Beitrag von 430'000 Franken zu leisten, damit das Projekt realisiert werden kann. Das Musikkollegium hat 63 % des Betrages durch Spenden selber aufgetrieben. Von diesen Investitionen profitiert nicht nur das Musikkollegium sondern auch die anderen Veranstaltungen, die im Konzertsaal stattfinden. Es ist wichtig, dass die Akustik so weit wie möglich verbessert wird und dass das Gehör der Musikerinnen und Musiker geschont wird. Es wurde erwähnt, dass die Stadt grosszügig sei und dass erwartet wird, dass der Stadtrat auch in anderen Fällen grosszügig entscheiden wird. Wenn es möglich ist, entscheidet der Stadtrat gerne grosszügig. Das ist aber nicht immer möglich. In Zukunft wird das noch schwieriger werden. Stadträtin V. Gick dankt den Ratsmitgliedern für die Zustimmung.

Ratspräsident W. Langhard lässt über den Ablehnungsantrag der SVP abstimmen.

Der Rat stimmt mit grossem Mehr dem Antrag des Stadtrates und somit dem Investitionsbeitrag von maximal 430'000 Franken zu.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2008/005: Beantwortung der Interpellation O. Seitz (SP) betreffend Bauteilbörse - ein ökologisches Arbeitsintegrationsprojekt

O. Seitz (SP) bedankt sich herzlich für die sehr differenzierte Antwort. Die Antwort zeigt eindrücklich wie professionell in der Sozialberatung und in der zentralen Anlaufstelle gearbeitet wird. Sie zeigt auf, dass ein breites Angebot an Integrationsmassnahmen besteht. Das macht Sinn. Eine von der Stadt Winterthur in Auftrag gegebene Studie hat aufgezeigt, dass jeder in Arbeitsintegrationsprojekte investierte Franken innerhalb von 3 Jahren mit Fr. 1.60 bis Fr. 2.10 zurück in die Stadtkasse fliesst. Das ist eine gute Rendite. Die Interpellationsantwort zeigt auf, dass es momentan genügend Arbeitsintegrationsplätze für Sozialhilfebeziehende gibt. Das auch deshalb, weil im letzten Jahr weniger Plätze für Arbeitslose benötigt worden sind. Diese Situation könnte sich leider mit der Wirtschaftskrise ändern. Falls zusätzliche Arbeitsintegrationsplätze benötigt würden, sollte eine Zusammenarbeit mit der Bauteilbörse erneut geprüft werden. Denn mit der Wiederverwendung von Bauteilen hat die Bauteilbörse neben den Arbeitsintegrationsplätzen auch ökologisch einen hohen Nutzen.

R. Werren (FDP): Die FDP-Fraktion geht mit der Antwort des Stadtrates grösstenteils einig. Die Statistiken ergeben ein erfreuliches Resultat. Eine Bauteilbörse ist zurzeit nicht notwendig. Die Interpellationsantwort zeigt klar auf wie viele Stellen für die Arbeitsintegration bereits vorhanden sind, die den verschiedenen Lebenssituationen der Sozialhilfeempfängern Rechnung tragen. In der Antwort sind die vielen Angebote des KAP aufgeführt. Diese werden auch rege genutzt. Das KAP würde bei Bedarf bestimmt handeln und wäre unter Umständen bereit in Winterthur eine Filiale der Bauteilbörse zu eröffnen, sofern genügend Interessenten vorhanden sind. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die umfassende Antwort.

G. Bienz (CVP): Die CVP Fraktion möchte vorab dem Interpellanten danken für die Einreichung dieser Anfrage betreffend Angebot und Nachfrage bei Arbeitsintegrationsplätzen in Winterthur und betreffend Klärung der Gründe, die zur Schliessung des auch ökologisch sinnvollen Integrationsprojektes Bauteilbörse Winterthur führten. Dem Stadtrat dankt die CVP für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Es mag viele erstaunen und gleichzeitig nachdenklich machen, dass offensichtlich nur bei 20 bis 25 % aller Sozialhilfebeziehenden in erwerbsfähigem Alter eine Hilfe zur beruflichen und/oder sozialen Integration angezeigt ist. Das bedeutet aber nicht, dass alle anderen 75 % der Sozialhilfebeziehenden auf der faulen Haut liegen: Ein Teil dieser 75 % Sozialhilfebeziehender sind tatsächlich nicht integrationswillig - allerdings mit der Konsequenz, dass ihre Sozialhilfe gekürzt wird. Viele Sozialhilfebeziehende aber, die keine Hilfe zur beruflichen und/oder sozialen Integration brauchen, sind einerseits Kurzzeitbezügler, die in vorübergehenden finanziellen Engpässen sind, andererseits Working Poor, Leute mit Betreuungspflichten, Kranke oder schwer integrierbare Massnahmewillige.

Mit Befriedigung hat die CVP Fraktion zur Kenntnis genommen, dass in Winterthur derzeit integrationsfähige Sozialhilfebeziehende einem breiten, differenzierten und zahlenmässig ausreichenden Angebot an Massnahmen zur beruflichen und sozialen Integration zugewiesen werden können. Das langjährige, zukunftsgerichtete Engagement der Stadt bzw. der Sozialen Dienste der Stadt zeigt klar Wirkung. Der Nachteil dieses ausreichenden Angebots an Plätzen zur Arbeitsintegration ist leider, dass auch für ein so nachhaltiges Projekt wie die Bauteilbörse derzeit kein Bedarf in Winterthur besteht. Der Interpellationsantwort ist aber sinngemäss zu entnehmen: Die Bauteilbörse ist zwar in Winterthur im Moment ‚aus den Augen, aber nicht aus dem Sinn‘. Bei Bedarf wird dieses Projekt wieder aufgenommen. Dieser Bedarf könnte aufgrund der düsteren Arbeitsmarktaussichten bald wieder vorhanden sein.

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Der Stadtrat beschreibt die Situation in Winterthur und zeigt was alles unternommen wird. Es muss nicht eine Bauteilbörse sein, um Menschen zu integrieren. Dass die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) sensibel ist und auf neue Situationen reagieren wird, ist erfreulich. Somit steht einer Bauteilbörse nichts im Wege, wenn sich die Situation verändert, sich eine Neuausrichtung des Angebots aufdrängt und sich das Projekt als sinnvoll erweist. Die SVP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort im positiven Sinn zur Kenntnis.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Die Überlegungen des Stadtrates, die zur Aufgabe der Bauteilbörse geführt haben, sind teilweise nachvollziehbar. Trotz des grossen Angebots für Stellensuchende gibt es einige wichtige Argumente für die Wiedereinführung der Bauteilbörse. Einerseits sind das die bereits erwähnten ökologischen Vorteile. Andererseits schliesst diese Bauteilbörse eine Nische im Markt, die sonst in Winterthur nicht abgedeckt wird. Damit sind mögliche Ängste unbegründet, dass mit diesen subventionierten Arbeitsplätzen die Privatwirtschaft konkurrenziert wird. Es gibt also einige Gründe, warum die Bauteilbörse bei einem starken Anstieg der Anzahl Stellensuchender wieder aufgenommen werden soll.

Stadträtin M. Ingold: Der Stadtrat ist gleicher Meinung wie die SP. Falls wieder mehr Arbeitsplätze fehlen, sollte die Bauteilbörse wieder geprüft werden – dieses Projekt ist nicht aus dem Sinn. Es ist in der Tat absehbar, dass erneut Plätze fehlen werden und dass dann die KAP, die zu einem Kompetenzzentrum geworden ist, mit einer Fachorganisation, die politisch sensibel abschätzt, wo die richtigen Arbeitsplätze sind für jene Arbeitsintegrationsfähige, die eine bestimmten Arbeit zugeordnet werden können, erneut handeln muss. Das Schwierige ist das Matching. Man kann nicht alle Leute für die gleichen Arbeiten einsetzen. Jetzt ist die Bauteilbörse nicht zwingend notwendig. Es kann aber vielleicht schon morgen nötig werden.

Ratspräsident W. Langhard: Damit ist die Interpellation erledigt und abgeschlossen.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2008/007: Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) und O. Seitz (SP) betreffend Suizidprävention

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort. B. Günthard Fitze zeigt anhand von Zeitungsartikeln, dass Suizid ein Tabuthema. Wer ist dafür zuständig? Sind für dieses Thema der Bund, die Kantone oder die Gemeinden zuständig? Am Anfang der Interpellationsantwort weist der Stadtrat auf die gesetzlichen Grundlagen hin. Es ist zu hoffen, dass ein nationales Präventionsgesetz dieses Thema vermehrt berücksichtigt. In der Schweiz sterben mehr Leute durch Suizid als durch Verkehrsunfälle. Im kantonalen Gesundheitsgesetz wird darauf hingewiesen, dass auch die Gemeinden gefordert sind. Frage 1: Eine Statistik zeigt wie viele Menschen Suizid begangen haben. 24 Suizide im Jahr 2006 – Tendenz leicht steigend in den letzten Jahren. Das sollte Hellhörig machen. Frage 2: Es gibt diverse Soforthilfen, die rund um die Uhr erreichbar sind. Prekär daran ist, dass die Fachleute zwar darüber Bescheid wissen. Bei den Betroffenen und akut gefährdeten Personen sind diese Telefonnummern und Fachstellen zu wenig bekannt. Frage 3: Wie B. Günthard Fitze von der Dargebotenen Hand erfahren hat, hat der Suizidrapport im Jahr 2008 bereits einmal eine Tagung durchgeführt. Es gäbe auch noch das Bündnis gegen Depression. Das ist eine weitere Möglichkeit etwas zu unternehmen. Fragen 4 und 5: Es ist zu hoffen, dass es – zum Beispiel mittels Plakatkampagnen – gelingt, das Angebot besser bekannt zu machen. Wenn die Stadt für eine Kampagne Geld sprechen würde, wäre das ein sehr wertvoller und wichtiger Beitrag an die Gesundheitsförderung. Fachstellen fordern mehr Informationen zur Sensibilisierung von Betroffenen und Angehörigen und Informationen durch die Hausärzte. Das könnte von der Stadt Winterthur aktiver angegangen werden. Die Stadt kann nicht warten bis das Bundesprojekt abgeseget ist. In der Zwischenzeit sterben immer mehr Menschen an Suizid. B. Günthard Fitze ist gespannt, wie sich der Suizidrapport weiter entwickelt und welche Massnahmen daraus resultieren zum Wohle der Bewohner von Winterthur.

O. Seitz (SP): Suizide sind meist eine Folge von Kurzschlusshandlungen in einer Krise. Wenn den Betroffenen in der Krise geholfen werden könnte, könnten viele Suizide verhindert werden. Personen mit psychischen Erkrankungen sind stärker gefährdet Suizid zu begehen. Gesundheitsförderung und die Sensibilisierung der Bevölkerung für psychische Erkrankungen sind deshalb ebenfalls Suizidprävention. Der Stadtrat zeigt in der Interpellationsantwort auf, dass in Winterthur eine beachtliche Anzahl Personen pro Jahr Suizid begeht, dass aber auch viele Institutionen für suizidgefährdete Personen bestehen. Dass der Stadtrat auf diesem Hintergrund einen Suizidrapport einführen will, macht sehr viel Sinn und wird von der SP begrüsst. Im Suizidrapport tauschen sich die Fachleute aus dem Notfalldienst, der Pflege, der Psychiatrie, der Justiz, der Schule, der Seelsorge und Soziales über die aktuelle Situation im Bereich Suizidprävention aus. Ziel dieses Suizidrapportes ist die Vernetzung der Fachleute im Bereich Suizidprävention und die Förderung des gegenseitigen Vertrauens in die beteiligten Institutionen. Gerade die Bekanntmachung der Institutionen, die Personen in einer Krise helfen, ist eine wichtige Aufgabe. All diese spezialisierten Institutionen helfen wenig, wenn jemand, der in einer Krise steckt, diese nicht findet. Deshalb richtet O. Seitz einen Appell an die anwesenden Medien, über die vielen Angebote und Institutionen immer wieder zu berichten – angefangen beim Kriseninterventionszentrum über die Dargebotene Hand bis zu den verschiedenen seelsorgerischen Angeboten, damit diese Dienste auch genutzt werden.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine ausführliche Beantwortung der Interpellation und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Frage 1: Da ist anzumerken, dass die Suizidrate in Winterthur im Vergleich zur Stadt Zürich nicht im gleichen beängstigenden Ausmass zugenommen hat, obwohl der Anstieg sehr traurig ist. Frage 2: Mit 16 öffentlichen und 3 privaten Institutionen sind genügend Anlaufstellen vorhanden. Es bedarf keiner weiteren Organisationen oder Stellen. Aber die Schaffung des Suizidrapports ist äus-

serst begrüssenswert. Frage 5: Präventionsprojekte gehören in den Zuständigkeitsbereich von Fachleuten und diese sind wiederum der Gesundheitsgesetzgebung unterstellt – dafür ist der Kanton zuständig. Ch. Denzler weiss aus den Anfängen der Dargebotenen Hand, dass es sehr wichtig ist, dass suizidgefährdete Menschen anonym mit jemanden sprechen können. Das reicht aber nicht aus. Es braucht Fachleute. Oft bringen sich Betroffene genau dann um, wenn es ihnen wieder etwas besser geht. Aufklärungsprojekte an den Schulen sollten gefördert werden, um Jugendliche vor Kurzschlusshandlungen zu bewahren.

G. Bienz (CVP): Die CVP Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zur Interpellation betreffend Suizidprävention in zustimmendem Sinn zur Kenntnis. Gemäss Kriminalstatistik des Kantons Zürich haben sich im 2006 in der Stadt Winterthur 24 Personen das Leben genommen, im Kanton Zürich insgesamt 430 Personen. Diese Zahlen beinhalten auch Personen, die nicht im Kanton Zürich gemeldet waren und auch die Freitodbegleitungen durch Sterbehilfeorganisationen. Bis heute nicht statistisch erhoben worden sind die Suizidversuche, es sei aber von einem Faktor 10 auszugehen. 240 Menschen haben demnach in Winterthur im Jahr 2006 versucht sich das Leben zu nehmen!

Es hat die CVP befriedigt zu erfahren, dass 12 öffentliche und eine private Institutionen/Organisationen suizidgefährdeten Personen und deren Angehörigen derzeit eine 24-Stunden Soforthilfe anbieten und sechs weitere öffentliche und private Institutionen/Organisationen ebenfalls, jedoch nicht rund um die Uhr. Erstaunt hat aber, dass bisher keine Vernetzung zwischen diesen Institutionen/Organisationen stattgefunden hat. Darum ist die Einführung eines interdisziplinären ‚Suizidrapports‘, wie er in der Weisung postuliert wird dringend. Die CVP unterstützt diesbezügliche Absichten des Stadtrates mit Nachdruck. Suizide sind auch nach Sicht der CVP-Fraktion nicht nur individuelle sondern gesellschaftliche Probleme. Es ist die Aufgabe aller politischen Kräfte, der zunehmenden Vereinsamung in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Zusätzlich zu den Beratungs- und Hilfsangeboten müssen auch die Lebensbedingungen speziell in den Städten verbessert werden - insbesondere durch Lärmbekämpfung, Schaffung von genügend Erholungsräumen, Förderung der Arbeitsgesundheit, menschenfreundliche Wohnbedingungen, damit die psychische Gesundheit der Bevölkerung gestärkt wird.

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und nimmt diese positiv zur Kenntnis. Dass die Schweiz eine überdurchschnittlich hohe Suizidrate hat im internationalen Vergleich ist Fakt. Die Präventionsmöglichkeiten werden in der Antwort aufgezeigt. Das BAG hat zu diesem Thema noch keinen abschliessenden Leitfaden veröffentlicht. Primär ist es die Aufgabe der Kantone die Prävention voranzutreiben. Es besteht ein breit gefächertes Angebot von möglichen Anlaufstellen, die Hilfe anbieten. Das grosse Problem wird sein, die betroffenen Menschen zu motivieren, von diesen Angeboten Gebrauch zu machen. Tatsächlich handelt es sich um ein gesellschaftliches Problem, deshalb müssen alle mithelfen um Verbesserungen zu erreichen. Die Federführung liegt aber beim Kanton, der in diesem Sinne aktiv werden muss.

Stadträtin M. Ingold: Der erste Suizidrapport hat am 18. November 2008 stattgefunden und ist von allen Organisatorinnen und Organisatoren als gelungen beurteilt worden. Insgesamt waren 22 Organisationen und Institutionen vertreten, die sich mit dem Thema Suizidprävention auseinandergesetzt haben. Das Echo auf das neue Vernetzungsgefäss, das die Fachstelle Gesundheit und Prävention initiiert hat, kann als einmalig bezeichnet werden. Die Teilnehmenden haben die Einführung positiv bewertet und wollen den Suizidrapport weiterführen. Der Rapport soll alle 6 Monate stattfinden. Dabei handelt es sich um ein informelles Treffen. Primär werden Fragen zum Suizid und zur Suizidprävention unter den Fachleuten diskutiert. dabei kommen Erfahrung und Fachkompetenz zusammen. Allenfalls können auch gemeinsame Präventionsangebote konzipiert werden. Die Zuständigkeit ist entweder kommunal, kantonal oder national. Stadträtin M. Ingold nimmt gerne Anregungen auf. Eine Plakatkampagne als Information ist ein sehr guter Vorschlag, den sich der Stadtrat überlegen wird. Auch den Vorschlag Aufklärungs- und Präventionskampagnen an den Schulen durchzuführen, hat die Stadträtin notiert. Die allgemeinen Lebensbedingungen in der Stadt zu verbessern, ist im Moment ein weniger griffiger Vorschlag – sicher muss aber auch daran

gedacht werden. Richtig ist, dass es sich um ein gesellschaftliches Problem handelt. Alle sind aufgerufen sensibel zu sein und Menschen, die eine Anlaufstelle nötig haben könnten, die entsprechenden Informationen weiterzugeben. Das ist eine Aufforderung, die gestreut werden kann. In einer solidarischen Gesellschaft sind die Menschen aufmerksam, wachsam und helfen einander.

Ratspräsident W. Langhard: Damit wird die Interpellation als erledigt abgeschlossen.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2008/027: Beantwortung der Interpellation A. Daurù (SP) betreffend Schliessung der Beratungsstelle "Horizont"

A. Daurù (SP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation – insbesondere für die Antworten auf die Fragen 1 bis 3. Der Stadtrat musste Informationen bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich einholen. Die Antworten sind zwar aufschlussreich, lösen aber auch einige Bedenken aus. Im Eingangsbericht steht, dass die Beratungsstelle Horizont in einer Phase steigender Arbeitslosigkeit gegründet worden ist. Eine Situation in der sich die Stadt in nicht allzu ferner Zukunft, in Anbetracht der Finanz- und Wirtschaftskrise, wieder befinden wird. Horizont war ein niederschwelliges Angebot für Arbeitslose und Stellensuchende. Es lagen Stellenanzeigen auf, die Leute hatten Zugang zum Internet und zu PC-Arbeitsplätzen und es wurde Hilfe beim Schreiben von Bewerbungen und Lebensläufen angeboten. Aus den Antworten zu den Fragen 1 bis 3 wird ersichtlich, dass der freie Zugang zu einer Anlaufstelle, die für jeden Mann und jede Frau zugänglich war, weggefallen ist, eine Anlaufstelle für Personen, die sich anonym ins Horizont begeben und Mitbetroffenen treffen konnten oder einfach ein offenes niederschwelliges Angebot gefunden haben, an das sie sich auf der Suche nach einer Stelle wenden konnten. Das ist jetzt weg. Entweder muss man jetzt bereits von einer Sozialversicherungsstellen erfasst sein, um in den Genuss einer entsprechenden Beratung zu kommen oder die Betroffenen sind auf private Vereine angewiesen. Der Treffpunkt für die Betroffenen ist verschwunden. Gerade für Ausländer ist die Schwelle höher geworden, auch weil sie die privaten Angebote weniger kennen oder weniger den Mut haben eine entsprechende Stelle aufzusuchen. Gerade diese Gruppe hat im Horizont häufig Unterstützung beim Schreiben von Bewerbungen und Lebensläufen gesucht. 25'000 Personen haben den Horizont jährlich aufgesucht. Das zeigt, dass eine entsprechende Nachfrage vorhanden war. Jährlich haben ca. 3'600 Personen Unterstützung beim Verfassen von Bewerbungen gesucht. Wenn auch nur ein Viertel dieser Personen eine neue Stelle gefunden hat, kann das als Erfolg verbucht werden. In der Antwort zur Frage 4 schreibt der Stadtrat, dass die Schliessung der Beratungsstelle Horizont nicht zu einer wesentlichen Lücke in der Beratung und Wiedereingliederung von Arbeitslosen geführt hat. Die Stadt macht sehr viel für Arbeitslose. Trotzdem ist eine Lücke entstanden, nämlich dort, wo sich die Betroffenen eigenständig eine niederschwellige Hilfe gesucht haben. Wieder einmal mehr ist eine vom Kanton finanzierte Institution gestrichen und an die Gemeinde abgeschoben worden oder, wie im Fall der Beratungsstelle Horizont, wird es der Gemeinde überlassen, ob sie die Stelle weiterführen will oder nicht. Jetzt müssen wieder Vereine, kirchliche Institutionen oder private Stiftungen in die Bresche springen – Institutionen, die meist finanziell nicht auf Rosen gebettet sind vor allem in Anbetracht der aktuellen Situation, sprich Spendenrückgang aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die kirchliche Fachstelle DFA übernimmt nach der Schliessung der Beratungsstelle Horizont einen Teil der Aufgaben. Die Fachstelle verzeichnet einen Anstieg der Hilfesuchenden und ist über kurz oder lang auf Unterstützung angewiesen. A. Daurù hofft, dass das Sozialdepartement im Kontakt mit der Fachstelle bleibt und versucht Unterstützung zu leisten. Es stellt sich die Frage, ob der jährliche Beitrag der Stadt von 20'000 Franken längerfristig ausreicht. Die Arbeitslosenzahlen werden in nächster Zeit steigen. Stellen, die Hilfe zur Selbsthilfe anbieten sind nicht zu unterschätzen.

U. Dolski (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort und nimmt sie im positiven Sinn zur Kenntnis. Generell sind alle Angebote, die Stellensuchende im Bewerbungsprozess unterstützen, sehr wertvoll. Die Beratungsstelle Horizont, die kirchliche Fachstelle DFA, das KAP, die Sozialen Dienste und das Work in sowie der Schreibdienst der Freiwilligen Agentur leisten gute Dienste. Der wirtschaftliche Verdrängungswettbewerb findet aber auch bei den Anbietern im Beratungsbereich statt. Aus der Antwort der Volkswirtschaftsdirektion geht hervor, dass die Beratungsstelle Horizont frühzeitig auf die Konsequenzen hingewiesen worden ist. Alle Anbieter von Arbeitsmarktmassnahmen – dazu gehört auch das Angebot der Beratungsstelle Horizont – haben jährlich die Möglichkeit ihr Dienstleistungsangebot beim Amt für Wirtschaft und Arbeit einzureichen und die Aufnahme ins Gesamtspektrum des Angebots zu beantragen. Aus der Interpellationsantwort geht nicht hervor, ob die Beratungsstelle Horizont sich diesem Wettbewerb gestellt hat. Beratungsinhalte wie das Erstellen und Korrigieren von Bewerbungsschreiben und Lebensläufen werden in der Praxis von den Mitarbeitenden des RAV wahrgenommen. Im RAV steht auch die notwendige Infrastruktur zur Verfügung. Eine weitere Möglichkeit eröffnet sich den Stellensuchenden zu Beginn der Arbeitslosigkeit mit dem Besuch von Kursen zu den Themen Standortbestimmung und Bewerbungsschreiben. Sie bieten Unterstützung und Vorlagen und wichtige Hilfe zur Selbsthilfe. Die CVP-Fraktion erachtet das Angebot als ausreichend.

A. Meier (FDP): Die FDP-Fraktion ist mit der Antwort zufrieden und dankt dem Stadtrat. Mit dem Wegfall der Beratungsstelle ergibt sich gemäss Interpellationsantwort keine Lücke im Hilfs- und Beratungsangebot. Das ist wichtig, weil sich aufgrund der Wirtschaftslage die Arbeitslosenzahlen erhöhen werden. Wie vielfältig das Angebot ist, wird aus der Antwort zur Frage 4 ersichtlich. Der Stadtrat fasst darin in einer langen Liste alle Angebote zusammen. PC-Arbeitsplätze, Zeitungen mit Stelleninseraten und Internetzugang werden im RAV angeboten. Dienstleistungen im Zusammenhang mit Bewerbungen fallen zwar weg, sie sind aber weniger genutzt worden. Wenn eine Person Hilfe braucht, kann sie an eine andere Stelle verwiesen werden. Eine Wiedereinführung der Beratungsstelle wäre überflüssig.

D. Berger (Grüne/AL) dankt dem Stadtrat für die Antwort. Einige Mitglieder der Grüne/AL-Fraktion sind durch die Schliessung der Beratungsstelle Horizont alarmiert. Es gibt Befürchtungen, dass es vor allem die arbeitssuchenden Migrantinnen und Migranten trifft, die es sowieso schwer haben eine Stelle zu finden. Der Stadtrat führt in seiner Antwort verschiedene Stellen auf, die das Angebot ersetzen sollen. Ein exakter Ersatz für die Beratungsstelle Horizont ist aber nicht vorhanden. Ein niederschwelliges Angebot fehlt. Die Zahlen sind zwar etwas schwammig angegeben. Man geht aber von 300 Personen aus, die Unterstützung in Anspruch genommen haben. Das ist durchaus ein Zeichen dafür, dass ein Bedürfnis vorhanden ist. Leider ist nicht aufgeführt, wie viele Personen sich neu an das DFA gewendet haben. Es ist klar, dass eine Wiedereröffnung der Beratungsstelle Horizont nicht geplant ist. Die Grüne/AL-Fraktion appelliert an den Stadtrat enger mit den anderen Institutionen zusammenzuarbeiten, damit die Stellensuchenden nicht durch die Maschen fallen. Es ist unglücklich, dass die Beratung an private Institutionen ausgelagert wird.

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Der Kanton hat es nicht für notwendig befunden, das Projekt weiterzuführen. In der Antwort werden diverse Stellen aufgeführt, die ähnliche Leistungen erbringen wie die Beratungsstelle Horizont. Aufgrund einer Analyse ist der Stadtrat zum Schluss gekommen, dass keine Lücke entstanden ist. W. Badertscher warnt davor, erneut Aufgaben zu übernehmen, die eindeutig dem Kanton zugeordnet sind. Er ist damit einverstanden, wenn der Stadtrat beim Kanton interveniert und darauf hinweist, dass es Beratungsstellen braucht. Dass die Stadt vermehrt kantonale Aufgaben übernimmt und den Kanton damit entlastet, ist gefährlich. Mit dem Kanton zusammen kann aber darauf hingewirkt werden, dass etwas unternommen damit den Arbeitslosen die notwendige Unterstützung geboten werden kann. Die SVP-Fraktion ist mit der Antwort zufrieden.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Interpellationsantwort. Die Stadt Winterthur unternimmt sehr viel im Bereich der

Arbeitsintegration. Das kann man der Antwort entnehmen. Die Schliessung der Beratungsstelle Horizont ist nachvollziehbar. Jetzt stellt sich die Frage, ob in Zukunft – je nach Arbeitsmarktlage – diese Thematik erneut aufgenommen werden muss. Die Frage stellt sich, was der Kanton übernehmen muss und was die Stadt, dabei muss man gut überlegen was in diesem Bereich notwendig ist. Für die arbeitslosen Menschen in Winterthur braucht es gute Angebote – vor allem wenn die Arbeitslosigkeit wieder zunimmt. Das Thema wird alle Politikerinnen und Politiker weiterhin beschäftigen.

Stadträtin M. Ingold hält fest, der Kanton hat die Beratungsstelle Horizont an die Gemeinde abgeschoben. Es handelt sich um eine Aufgabe des Kantons. In Bezug auf die Hilfe beim Schreiben von Lebensläufen und Bewerbungen ist eine Lücke entstanden. Jährlich haben 3'600 Leute diese Hilfe in Anspruch genommen. D. Berger hat gesagt, dass die Zahlen etwas schwammig seien. Der Stadtrat hat einen Brief an die Direktorin des Volkswirtschaftsdepartements geschrieben, um zu diesen Zahlen zu kommen. Die 3'600 Personen sind Leute, die über Wochen fast täglich die Stelle aufgesucht haben. Die Beratungsstelle Horizont hat auch eine Tagesstruktur angeboten. Dieses Angebot fällt jetzt weg. Dass es kein entsprechendes niederschwelliges Angebot mehr gibt, ist eine Tatsache. Das vermisst der Stadtrat ebenfalls. Dadurch, dass mehr Leute die DFA und den Schreibdienst der Freiwilligen Agentur aufsuchen, hat sich die Schwelle erhöht. Aber man kann klar sagen, dass die DFA sehr stark frequentiert wird. Der Schreibdienst platzt manchmal aus allen Nähten. Es ist aber immer genügend Betreuungspersonal vor Ort. Man kann nicht behaupten, dass Leute auf der Strasse stehen und nicht weiter wissen. Die DFA gibt es bereits seit Jahrzehnten, das heisst die Stadt muss keinen Dienst neu auslagern. Es handelt sich um einen ökumenischen Zusammenschluss der reformierten und katholischen Kirche des Kantons Zürich. Im Rat wurde erwähnt, dass der jährliche Beitrag von 20'000 Franken an die DFA vielleicht nicht mehr ausreicht. Der Stadtrat will mit der DFA ins Gespräch kommen, weil er versteht, dass durch die Übernahme von Hilfesuchenden eine Finanzierungslücke entstanden ist, die mit Hilfe eines Projektes überbrückt werden muss. Der Stadtrat kommt mit der DFA leider nicht auf einen grünen Zweig. Seit einem halben Jahr offeriert die Stadt diese Unterstützung. Die DFA ist aber mit dem Umzug und neuen Projekten beschäftigt und nicht in der Lage ein solches Projekt zu initiieren. Wenn die Arbeitslosigkeit ansteigt, kann es gut sein, dass die Stadt erneut vorstellig wird. Der Stadtrat ist bereit, die entsprechenden Strukturen im Rahmen eines Projektes aufzubauen. Die Stadt kann aber nicht die Beratungsstelle Horizont, die auch eine Tagesstruktur bietet, übernehmen. Mit Privaten, die bereits erfolgreich in Winterthur arbeiten, wird sich der Stadtrat auf alle Fälle noch enger verknüpfen.

Ratspräsident W. Langhard: Damit ist die Interpellation als erledigt abgeschlossen.

6. Traktandum

Fragestunde

Ratspräsident W. Langhard: Laut Geschäftsordnung hat jedes Ratsmitglied die Chance mindestens eine Frage zu stellen. Als erstes werden die Fragen beantwortet, die schriftlich bei der Stadtkanzlei eingegangen sind – aber nur eine pro Ratsmitglied. Danach werden die mündlichen Fragen beantwortet – jedoch nur von den Ratsmitgliedern, die noch keine schriftliche Frage eingereicht haben. Am Schluss wird noch die zweite schriftlich eingereichte Frage von W. Schurter beantwortet. Ratspräsident W. Langhard bittet die Ratsmitglieder, möglichst kurze Frage zu stellen. Mündliche Fragen nimmt die Vizepräsidentin U. Bründler entgegen.

W. Schurter (CVP): Thema Sanierung A1/A7: Zwischen Mitte März 2009 und Ende 2011 werden die A1 und die A7 zwischen Oberwinterthur und Matzingen (15 km) bzw. Kefikon (5 km) saniert. Die A 1 bleibt während der gesamten Bauzeit in beiden Fahrtrichtungen zweispurig befahrbar. Auf der A 7 sind vorübergehende Einschränkungen vorgesehen. Obwohl die Tempolimiten auf diesen Autobahnabschnitten reduziert werden, wird es bedingt durch

Unfälle oder durch langsames Fahren durch die teilweise schmalere Fahrspuren zu mehr Staus und somit zu Ausweichverkehr durch die Stadt Winterthur kommen. Welche Massnahmen hat der Stadtrat vorgesehen, damit der öffentliche und individuelle Verkehr in der Stadt unter dieser erschwerten Situation nicht noch mehr behindert wird?

Stadtrat W. Bossert: Für dieses Bauvorhaben ist die Winterthurer Filiale des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) zuständig. Der Stadtrat und das Departement Bau haben in Bezug auf diese Gesamtsanierung bereits verschiedentlich Kontakt mit dem ASTRA aufgenommen. Letztmals am 25. Februar 2009. Das ASTRA hat am 18. Februar 2009 die Öffentlichkeit über das Bauvorhaben informiert. Auf die Frage des Landboten, ob sich die Staus häufen werden, hat der Projektleiter des ASTRA erklärt, dass er diese Befürchtungen nicht teilt. Er hat erklärt, dass es zwar zu Staus kommen wird, aber nicht häufiger als heute. Er begründet das wie folgt: Die A1 bleibt vierspurig befahrbar. Was insbesondere den hoch frequentierten Abschnitt zwischen Ohringen und Winterthur entschärft. Die Tempolimit wird auf 80 Km/h reduziert. Was zu einem homogeneren Verkehrsfluss führt. Damit wird die Leistungsfähigkeit der Strasse erhöht. Der Stadtrat wird die Situation aufmerksam beobachten. Wenn es zu einer Häufung von Staus kommen sollte und das innerstädtische Strassennetz übermässig belastet wird oder wenn man feststellen muss, dass Verkehrsströme in die Wohnquartiere verlagert werden, werden die zuständigen Fachleute der Stadtpolizei und der Verkehrsplanung das Gespräch mit dem ASTRA und mit dem Kanton suchen. Der Stadtrat behält sich vor, mit Lichtsignalen an den Einfallsachsen für eine entsprechende Verkehrslenkung zu sorgen.

U. Bründler (CVP): Seit gut einem Jahr haben wir sie, nämlich die **Toilettenanlage an der Stadthausstrasse**, in unmittelbarer Nähe des Sommertheaters. Was gab es da im Vorfeld zu diskutieren, viele wollten diese Anlage nicht, von Chaos und Zerstörung war die Rede, von Lärm und Schmutz, das Referendum wurde ergriffen, es kam zur Volksabstimmung, doch dann konnte sie gebaut werden. Wie sieht es heute aus mit Lärm und Schmutz, mit Beschädigungen, mit dem Ärger vom Sommertheater? Was für Erfahrungen konnten gemacht werden?

Stadtrat W. Bossert: Alle öffentlichen Toiletten werden von Drogenkonsumenten und Konsumentinnen für den Drogenkonsum und für den Handel aufgesucht. Auch im Fall der Toilettenanlage beim Stadtpark hat die Polizei einzelne Rückmeldungen erhalten, dass in dieser Anlage Drogen konsumiert werden. Diesbezüglich sind bereits zwei Personen verzeigt worden. Stärker im Fokus stehen aber Anlagen, die weniger gut einsehbar sind, wie zum Beispiel die Toilettenanlage im Barockhäuschen im Stadtpark. Ebenso sind die Anlagen an den Busendhaltestellen eher Anziehungspunkte für Personenkreise, die das Interesse der Polizeiorgane auf sich ziehen. Bezüglich Vandalismus ist die Toilette am Stadtpark unproblematisch. Die Anlage wird regelmässig gereinigt. Sie ist nicht schmutziger als vergleichbare Anlagen. Lärmklagen sind bisher keine eingegangen. Auch für den Theaterdirektor ist die Toilettenanlage kein Problem. Aber durch die Vertreibung der Szene aus dem Musikpavillon ist diese näher zum Sommertheater und damit auch näher zur Toilettenanlage gerückt. Leute kommen mit Bierkisten und anderen alkoholischen Getränken und sitzen auf den Bänken zwischen dem Rheinfels und der Pergola. Das stört den Theaterbetrieb. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die neue Toilettenanlage in jeder Hinsicht bewährt hat. Stadtrat W. Bossert dankt allen, die damals Ja gestimmt haben.

U. Dolski (CVP): Frist zur Abgabe der Steuererklärung – fehlerhafte Informationsflut:

Sehr detailliert erklären Gemeindesteuernamt und Steueramt Winterthur in einem Inserat im Landboten vom 3. März den Steuerpflichtigen, bis wann und wie genau die Steuererklärung abzugeben bzw. eine Fristerstreckung zu erwirken ist. Für die Fristerstreckung solle ein begründetes Gesuch beim Gemeindesteuernamt eingereicht werden. Dabei wird auch über eine ‚interaktive Fristeingabe auf www.steuern.winterthur.ch‘ hingewiesen. Zu prüfen sei vor Einreichung eines Gesuches, dass im Originalformular der Steuererklärung, Seite 1, rotes Kästchen ‚vom Steuerpflichtigen nicht auszufüllen‘ das Feld ‚Frist erstreckt bis‘ nicht bereits eine bewilligte Fristerstreckung enthalte. Alles klar? Nein, denn es stellt sich folgende Frage: Weshalb der fett gedruckte Titel ‚3. März 2009 – Frist zur Abgabe der Steuererklärung‘ und weshalb wird nicht darauf hingewiesen, dass die Fristverlängerung in jedem Fall unbegründet auf dem elektronischen Weg möglich ist? Haben die steuerlichen Kontrollmechanismen hier versagt oder wird in Kauf genommen, mit diesem Inserat die Steuerpflichtigen zu verwirren anstatt zu informieren?

Stadträtin V. Gick: Grundsätzlich gibt sich der Stadtrat grosse Mühe die Kunden zu informieren und nicht zu verwirren. Im Zürcher Steuerbuch ist haarklein beschrieben was in Bezug auf das Steuerklärungsverfahren wann zu tun ist. Ein kreativer Spielraum ist nicht vorhanden. Die Informationen für den Steuerpflichtigen sind im ganzen Kanton gleich. Das beanstandete Inserat wurde vom kantonalen Steueramt verfasst und alle Steuerämter publizieren dieses Inserat. Gesuche um Fristerstreckung müssen begründet werden. Das steht in Ziffer 48 des Handbuches über Steuerklärungsverfahren. In der Praxis erfolgt aber keine strenge Prüfung der Begründung. Es ist sehr wichtig, dass effizient gearbeitet werden kann. Der Hinweis, der moniert wird, dass überprüft werden soll, ob im roten Kästchen bereits eine bewilligte Fristerstreckung enthalten ist, könnte bedeuten, dass bereits eine Fristerstreckung besteht. Damit will man den Steuerpflichtigen davon abhalten eine weitere Fristerstreckung einzureichen. Stadträtin V. Gick kann grundsätzlich nicht mehr dazu sagen.

Ratspräsident W. Langhard schlägt vor die Fragen 4 und 15 gemeinsam zu behandeln.

R. Werren (FDP): Planung Liegenschaft Restaurant Rössli Seen: Bezüglich Restaurant Rössli in Seen wurde eine IG gegründet. Viele Bürgerinnen und Bürger beschäftigt es sehr, was mit dem Rössli in nächster Zeit passiert. Wie sieht die Planung - respektiv das Weitergehen mit dem Restaurant Rössli und der ganzen Liegenschaft aus?

R. Isler (SVP): Wie weiter mit dem Restaurant Rössli in Seen: Vor über 5 Monaten musste das Restaurant Rössli Seen seine Tore schliessen. Genau so lang ist es her, seit der zuständigen Stadträtin V. Gick, FDP, eine Petition mit 4'167 Unterschriften übergeben werden konnte mit der klaren Aufforderung, das Restaurant Rössli als Quartier-Restaurant und vor allem als Treffpunkt zahlreicher ortsansässiger Vereine und Organisationen zu erhalten. Auch wenn den Petitionsführenden damals von Seiten der zuständigen Stadträtin zugesichert worden ist, sich in absehbarer Zeit mit den genannten Forderungen auseinander zu setzen, herrscht seit diesem Versprechen absolute Funkstille. Von Seiten des Stadtrates geht momentan gar nichts, obwohl anfänglich mal versprochen worden ist, bis Ende 2008 eine Nutzungsstudie über den gesamten Gebäudekomplex, also Rössligasse 7 bis 11, vorzulegen. In diesem Zusammenhang stellt sich nebst den finanziellen Ausfällen von entgangenem Pacht- und fehlenden Mietzinsen folgende Frage: Wann gedenkt die Stadträtin V. Gick, die Nutzungsstudie vorzulegen und weshalb wurden die vormals versprochenen Absichten, sich den Anliegen der Petitionäre anzunehmen, bis heute nicht wahrgenommen?

Stadträtin V. Gick: Die Vorgeschichte ist allen bekannt. Die Planung und Projektierung für die Erweiterung der Bibliothek und der Ludothek in den Liegenschaften an der Rössligasse ist bereits seit einiger Zeit in Arbeit. Der Pächter des Restaurants Rössli hat gekündigt. Im September 2008 hat Stadträtin V. Gick die Petition entgegengenommen. Zahlreiche Winterthurer Bürgerinnen und Bürger haben sich dafür eingesetzt, dass das Rössli als wichtiger Treffpunkt erhalten bleibt. Der Sanierungsbedarf der Liegenschaft Rössligasse 7 bis 11 ist

gross. Nach der Kündigung des Pächters hat der Stadtrat die Bedürfnisse der Bibliothek und der Ludothek erneut geprüft und die Nutzungsmöglichkeiten der Liegenschaft abgeklärt. Es bestehen verschiedene Möglichkeiten wie die Säle für die Vereine nutzbar gemacht werden können. Diese Arbeiten haben in den letzten Monaten stattgefunden. Mit dem Departement Kulturelles und Dienste, dem Departement Bau und dem Departement Finanzen sind Gespräche geführt worden, damit eine solide Grundlage erarbeitet werden konnte. Der Stadtrat kann jetzt, gestützt auf diese Planung, einen Entscheid fällen. Die Nutzungsplanung wird nächstens in der stadträtlichen Stadtentwicklungskommission diskutiert. Es braucht Zeit bis seriöse Grundlagen erarbeitet sind und fundiert entschieden werden kann. Der Stadtrat will eine gute und zahlbare Lösung für die Bevölkerung in Seen. Ein Objekt im Finanzvermögen sollte mindestens teilweise einen Rückfluss der investierten Mittel erarbeiten. Zwei Varianten sind ausgearbeitet worden. Beide haben zum Ziel, das Rössli als Lokal für Vereine und für die Bevölkerung in einer ähnlichen Form zu erhalten. Damit soll dem Wunsch der Bevölkerung Rechnung getragen werden. Der Stadtrat nimmt die Anliegen der Bevölkerung selbstverständlich zur Kenntnis. Es ist gelebte Demokratie, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich für ihre Anliegen engagieren. Vielleicht kann die IG Rössli in einem künftigen Betrieb mitwirken und ihr Engagement unter Beweis stellen – als Variante könnte auch eine Public-Private Partner Ship entstehen. R. Isler hat moniert, dass sich der Stadtrat nicht mehr zu dieser Angelegenheit geäussert hat. Es wurden mehrere Mail ausgetauscht zwischen der Präsidentin der IG Rössli und Stadträtin V. Gick. Dass einfach nichts geschehen ist, ist nicht der Fall. Das weiss die IG Rössli.

St. Nyffeler (SVP): Wie stellt sich der Stadtrat zu **Testkäufen** im Zusammenhang mit der Jugendschutzkontrolle zum Thema Alkoholabgabe ab 16 Jahren bzw. gebrannte Wasser ab 18 Jahren?

Stadtrat M. Künzle: Der Stadtrat erachtet die Alkoholtestkäufe als ein durchaus sinnvolles Instrument, das mithilfe Jugend und Alkohol zu trennen. Nötig aber unangenehm waren Testkäufe jeweils an den Dorfete. Da sind jeweils Freiwillige, die in den Vereinen gearbeitet haben, kontrolliert worden. Das hat zu schwierigen Situationen geführt. Zum Teil waren die Leute überfordert. Durch diese Kontrollen sollen die Freiwilligen nicht davon abgehalten werden, sich in den Vereinen zu engagieren. Testkäufe haben dazu beigetragen, dass breite Bevölkerungsschichten für dieses Problem sensibilisiert wurden. Sie haben auch zur Verbesserung des Verkaufsverhaltens, sowohl an den Tankstellenshops, wie auch an den Dorfete geführt. Ausweiskontrollen sind heute mehrheitlich an der Tagesordnung. Die Juristen sind sich nicht einig, ob Testkäufe rechtmässig sind oder nicht. Aus dem Kanton Baselland liegt jetzt ein Urteil vor. Dieser Fall wird jetzt mit einiger Sicherheit ans Bundesgericht weitergezogen. Der Stadtrat begrüsst dieses Vorgehen, weil dann ein bundesgerichtliches Urteil vorliegen wird. Ob damit die zentralen Fragen beantwortet sind, wird man sehen. Es wird aber bald Rechtssicherheit in Bezug auf die Alkoholtestkäufe geben. Bis zum Vorliegen des Urteils wird sich der Stadtrat mit Testkäufen zurückhalten. Die Signalwirkung, wenn ein solches Rechtsmittel erfolgreich ist, ist nicht erstrebenswert. Das Departement Soziales arbeitet ein Jugendschutzkonzept aus, darin wird der Stadtrat Aussagen über diese Testkäufe machen.

K. Brand (CVP): Thema urinierende Fasnächtler: Tatort: Parkplatz Wachterareal für Autocars, Datum: 28.2. bis 2.3. 2009, Besuchergruppe: ca. 800 Fasnächtler und Fasnächtlerinnen, Bööggen, Guggen, Thema: Urinieren auf öffentlichem Grund mangels WC-Möglichkeiten in der Umgebung Wachterareal. Was gedenkt der Stadtrat gegen diese Notdurftmiserie zu unternehmen?

Stadtrat M. Künzle: Urinieren auf öffentlichem Grund – wie auch das Spucken – ist ein Ärgernis und eine Schweinerei. Das darf man deutlich sagen. Das gehört sich nicht, ist aber leider im Zunehmen begriffen. Es fehlt an Respekt und Anstand. Dieses Problem besteht vor allem bei grösseren Veranstaltungen. Das Albanifest hat diese Herausforderung angenommen und ein Stinktiefplakat entworfen mit dem Slogan: „Dein Piss der stinkt“. Damit wurde auf die Problematik hingewiesen. Rein subjektiv hatte Stadtrat Künzle 2008 das Gefühl, dass sich die Situation etwas verbessert hat – belegen kann er das aber nicht. Vor allem Rock-

konzerne – das ist eine polizeiliche Feststellung – sind offensichtlich Harn fördernd, beobachtet doch die Stadtpolizei regelrechte Wetschiffen im öffentlichen Raum. Mit dem Artikel 29 besteht in der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) die Möglichkeit diese Leute zu verzeigen. Das wird auch umgesetzt. Ab und zu erwischt die Polizei jemanden. Es werden aber keine speziellen Patrouillen abgestellt. Vielleicht bessert sich die Situation, wenn im Zentrum der Stadt mehr Polizeipräsenz markiert wird. Die Polizei hat aber noch andere Herausforderungen zu bewältigen. Wenn aber ein Verstoß gegen die APV in diesem Bereich festgestellt wird, dann wird auch verzeigt. Ob auf dem Wachterareal allenfalls ein Toilettenwagen aufgestellt werden soll, muss geprüft werden. Stadtrat M. Künzle prophezeit aber, dass trotzdem öffentlich uriniert wird. Es geht um Respekt und Anstand, um Wissen was sich gehört und was nicht. Das wird im Elternhaus vermittelt.

B. Baltensperger (SP): In St. Gallen ist am 24. Februar 2009 eine dreijährige **Turnhalle eingestürzt**. Das wirft die Frage auf, was in der Stadt Winterthur getan wird, um solche Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Was wird in Bezug auf die Sicherheit vor der Erteilung der Baubewilligung durch die zuständige Behörde geprüft und wie ist die Überprüfung der Dächer und Decken bei bereits bestehenden öffentlichen Gebäuden wie Schulhäusern, Sportstätten, Hallen etc.?

Stadtrat W. Bossert: In der Schweiz liegt die Verantwortung für die Bemessung der Tragwerkskonstruktionen bei den Plan- und Ingenieurbüros. Mit einer Nutzungsvereinbarung legt der Ingenieur anhand der Normen und der spezifischen Erfordernissen der Bauherrschaft, die für die Bemessung massgeblichen Werte fest. Im Gegensatz zu anderen Ländern – wie zum Beispiel Deutschland – werden die Berechnungen nicht durch einen unabhängigen Ingenieur auf die Richtigkeit kontrolliert. Auch liegt es nicht in der Verantwortung der Behörden, Bemessungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Während der Bauausführung werden die verlegten Armierungen durch den Ingenieur vor dem Betonieren auf Quantität, Qualität und die richtige Verlegung geprüft und freigegeben. Es gibt keine Gründe, die dafür sprechen, dieses Prinzip aufzugeben. Dächer und Decken werden in öffentlichen Gebäuden nicht in regelmässigen Abständen geprüft. In der Vergangenheit mussten im Zusammenhang mit Flachdachsaniierungen aufgrund von Mehrbelastungen – zum Beispiel dickere Isolationschichten, zusätzliche Begrünung etc. – Neubeurteilungen durch einen Ingenieur vorgenommen werden. Daneben sind in Sonderfällen Überprüfungen durch die Eigentümer erfolgt – zum Beispiel im Frühjahr 2006, weil in Europa einiger Dächer unter den Schneelasten zusammengebrochen sind und auch in Winterthur grosse Schneemengen auf den Dächern lasteten. Dabei sind keine Mängel entdeckt worden.

F. Helg (FDP): Vor kurzem hat die **Schlosshof Immobilien AG** als Eigentümerin des Zentrums Töss der Pächterfamilie gekündigt, die das Hotel und das Restaurant im Zentrum führt. Zwar handelt es sich dabei primär um eine Privatsache. Gleichwohl ist davon auch die Stadt Winterthur betroffen, wenn der Weiterbetrieb des Gastronomiebetriebs in Frage gestellt sein sollte. Es besteht nämlich zugunsten der Stadt Winterthur eine Verpflichtung, wonach der Saal so zu betreiben ist, dass den Saalbenützern Bewirtung und Verköstigung sowie die dazu gehörende Infrastruktur zur Verfügung stehen (im Grundbuch eingetragene Grundlast). Der Saal im Zentrum Töss ist für das gesellschaftliche Leben in Töss nach wie vor wichtig. Ist der Stadtrat bereit, sich dafür einzusetzen, dass diese Verpflichtung auch zukünftig erfüllt wird?

Stadtrat W. Bossert: Der Stadtrat teilt die Auffassung des Fragestellers, dass der Gastronomiebetrieb im Saal in Zentrum Töss für das gesellschaftliche Leben in Töss wichtig ist und erhalten werden muss. Er wird sich weiterhin dafür einsetzen. Die im Grundbuch eingetragene Grundlast zugunsten der Stadt bietet dafür eine gute Grundlage.

M Wenger (FDP): Budget: Nach einer wirtschaftlich prosperierenden Phase wurde das satte Budget des Stadtrates für 2009 mit einer Aufstockung von ca. 60 Stellen durch die linke Ratsmehrheit durchgesetzt. Die FDP wurde bei sämtlichen Kürzungsanträgen und ihren Hinweisen auf die wirtschaftliche Entwicklung mit einem grosszügigen Lächeln überstimmt.

Die Rezession ist inzwischen anerkannte Tatsache und die Börse hat seit Anfang Dezember nochmals über 25% verloren. Wie beurteilt der Stadtrat aus heutiger Sicht das Budget für 2009 und mit welchen Auswirkungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite für das Budget 2010 rechnet er?

Stadträtin V. Gick: Die Wirtschaftskrise hat sich in den vergangenen Monaten verschärft und auch die Realwirtschaft erfasst. Das besondere an der Situation ist, dass alle Wirtschaftsräume von dieser Rezession erfasst werden – nicht nur bestimmte Räume. Wirtschaftsräume wie die USA oder Asien könnten Lokomotiven sein und bewirken, dass die Krise etwas schneller überwunden werden kann. Die Prognosen der wichtigen Institutionen mussten nach Unten korrigiert werden. Im Moment sieht es so auch, dass die Rezession länger dauern und tiefer sein wird, als ursprünglich angenommen.

Das Rahmenbudget 2010 zeigt, dass ein grosses Defizit droht. Für die erste Budgetierung musste der Stadtrat deshalb sehr restriktive Vorgaben machen. Die schwierige Ausgangslage erfordert eine sehr hohe Budgetdisziplin und eine strenge Überprüfung der Aufgabenerfüllung. Auch die Kosten, die im IAP für 2010 vorgesehen sind, müssen überprüft werden. Nicht absolut notwendige wiederkehrende Kosten müssen in der Abwicklung der Rechnung 2009 bereits gründlich geprüft werden. Auf der Ertragsseite dürften sich die Steuern 2010 noch auf dem gleichen Niveau halten wie 2009. Die Prognose ist ziemlich optimistisch – Stadträtin V. Gick hält sie aber für realistisch. Bei den Steuern wirkt sich der Abschwung ein bis zwei Jahre verspätet aus, dauert aber auch ein bis zwei Jahre länger. Nach dem aktuellen Wissenstand kann davon ausgegangen werden, dass sich die Steuereinnahmen für 2010 noch halten. Im Voranschlag 2009 sind aber allein schon für 16 Millionen einmalige Erträge eingestellt. Winterthur hat zwei gute Jahre hinter sich. Von der Legislaturplanung konnte einiges realisiert werden. Jetzt muss der Stadtrat darum kämpfen das erreichte zu konsolidieren. Bereits die Erhaltung des Status quo ist ein ehrgeiziges Ziel. Weitere freiwillige Ausgabenausdehnungen sind aber im Moment unrealistisch. Sowohl der Stadtrat wie auch der Gemeinderat werden bei der Erstellung des Voranschlags 2010 stark gefordert sein. Die Stadträtin ist aber zuversichtlich, dass die Aufgabe gemeistert werden kann. Voraussetzung ist, dass die Realität gesehen wird und alles Wünschbare bis zum nächsten Aufschwung verschoben wird.

Ch. Denzler stellt im Namen von **B. Günthard Maier** folgende Frage: Bei der **Haltestelle "Musikschule"**, Fahrtrichtung Hauptbahnhof, gibt es seit der Neueröffnung der "alten" Haltestelle unterhalb der Cherveda-Siedlung immer wieder eher chaotische Zustände: Kantonschüler gehen mitten auf der Rychenbergstrasse zur Haltestelle, wer am Osthang der Rychenbergstrasse wohnt, muss einen Umweg über den Musikschulpark machen, um zur Haltestelle zu gelangen. Dies, weil es auf der entsprechenden Strassenseite kein Trottoir gibt. Wieso steht diese Haltestelle so komisch positioniert, ohne Trottoirs und direktem Zugang, vor privatem Grund? Wie gedenkt der Stadtrat die Situation Nutzerfreundlicher zu gestalten?

Stadtrat M. Gfeller: Bei der fraglichen Haltestelle muss man zwischen der Lage der Haltestelle und den verschiedenen Zugängen dazu unterscheiden. Für Stadtbus ist es wichtig, dass die Haltestellenabstände einigermaßen regelmässig sind. Nur so besteht die Gewähr für eine einigermaßen gleiche Zugangslänge aus den verschiedenen Gebieten eines Quartiers. Stadtbus betrachtet das Provisorium nicht als optimal und hat deshalb dafür gesorgt, dass nach Möglichkeit die Haltestelle wieder an den definitiven Platz verlegt werden kann. Dieser Ort ist im gesamten Kontext des Quartiers nicht schlecht gewählt. Wenn die Kantonschüler den relativ kurzen Umweg durch den Musikschulpark nicht gehen wollen, begeben sie sich freiwillig in Gefahr. Eine sichere Alternative besteht aber durchaus. Hier müsste die Stossrichtung eher in Richtung Verkehrserziehung gehen. Das Departement Sicherheit und Umwelt hat bestätigt, dass die Quartierpolizei in dieser Richtung tätig ist. In Bezug auf eine Verbesserung der Zugänge zu dieser Haltestelle warnt Stadtrat M. Gfeller davor zu glauben, dass schnelle Änderungen möglich seien. Teilweise wären Landenteignungen notwendig. An der ganzen Rychenbergstrasse sind verschiedene Schwierigkeiten vorhanden. Der Stadtrat hat entschieden, dass zuerst die Haltestelle Kantonsschule saniert werden soll. Das weitere Investitionsprogramm hat der Stadtrat noch nicht abschliessend entschieden. Bei der Musik-

schule muss man noch einige Jahre diesen Zustand in Kauf nehmen. Mit einem kleinen Umweg kann die Haltestelle sicher erreicht werden. Das ist vertretbar.

P. Dennler (SP): Einstmals wurde bei der **Hauptpost Winterthur** eingeworfene Briefpost bis 24.00 Uhr auch dort abgestempelt. Seit ca. Beginn 2008 wird nach Schalterschluss (19.00 Uhr) in den Briefkasten bei der Hauptpost Winterthur eingeworfene Briefpost nicht mehr mit dem Aufgabedatum abgestempelt, sondern direkt ins Briefzentrum Zürich-Mülligen spedit und dort weiterverarbeitet, was fallweise bis zu drei Werktagen in Anspruch nehmen kann (z.B. bei Einschreiben); der Poststempel trägt dann das Datum, an welchem die Briefsache Mülligen wieder verlässt. Dadurch entstehen grosse Beweisprobleme bei fristgebundenen Eingaben. Dazu folgende Fragen: Besteht die Möglichkeit, die Post dazu zu motivieren, die frühere Dienstleistung (Aufgabestempel) in Winterthur wieder einzuführen? Besteht die Möglichkeit, sich die Rechtzeitigkeit der Postaufgabe nach 19.00 Uhr auf dem Polizeiposten am Obertor bestätigen zu lassen – Briefeinwurf dann bei der Poststelle Obertor?

Stadtpräsident E. Wohlwend: Trotz des Einsatzes des Departementssekretärs ist es nicht gelungen die Post in ihrem Verhalten zu beeinflussen. Sie stellt sich auf den Standpunkt, dass sie ohne diese Änderung ihrem Auftrag, die A-Post Sendungen am nächsten Tag den Empfängerinnen und Empfängern zuzustellen, nicht mehr nachkommen kann. Deswegen wird die Post auf diesen Beschluss nicht mehr zurückkommen. Die Nachfrage bei der Polizei, ob sie einen solchen Dienst übernehmen könnte, hat ergeben, dass das nicht zu den Kernaufgaben der Polizei gehört. In der schriftlichen Frage wurde darauf hingewiesen, dass sich der Stadtrat weitere Lösungen überlegen sollte. Der Stadtrat hat gefunden, dass es eine Möglichkeit wäre, mit der Rechtschrift früher zu beginnen. Die andere Möglichkeit wäre sich an das Sprichwort „zuerst die Arbeit und dann das Vergnügen“ zu halten.

M. Hollenstein (CVP): Thema Radwegbeleuchtung: Längs dem Mattenbach von der Talgartenstrasse bis zur Heinrich-Bosshardstrasse in Seen ist ein viel befahrener Radweg, der auch entsprechend gekennzeichnet ist. Er dient auch als Fuss- und Wanderweg und wird rege genutzt. Zudem sind an beiden Enden grössere Schulhäuser. Nur bei den Überquerungen (Brücken) des Mattenbachs stehen jeweils Kandelaber. Ansonsten ist der ganze Weg nicht beleuchtet und es gibt immer wieder gefährliche Situationen in den Abendstunden mit Fussgängern und Velofahrern, da der Weg nicht beleuchtet ist. Zudem meiden viele Velofahrer und Fussgänger am Abend aus Sicherheitsgründen diesen Weg. Ist es in absehbarer Zeit möglich, diesen Weg durch das Anbringen von Kandelabern sicherer zu machen?

Stadtrat M. Gfeller: E. Wettstein hat vor 2 Jahren diese Frage ebenfalls gestellt. Der Stadtrat hat damals defensiv reagiert. Einerseits weil das Gesamtkonzept Stadtlicht vorsieht, dass der Stadtrandbereich, der ins Landwirtschaftsgebiet und ins Erholungsgebiet führt, nicht unbedingt beleuchtet werden muss, wenn Alternativen bestehen. An der Seemer Landsgemeinde vor eineinhalb Jahren hat Stadtrat M. Gfeller erneut zu dieser Frage Stellung genommen. In der Zwischenzeit hat er die Situation in Augenschein genommen. Er hat bei seiner Velofahrt an die Seemer Landsgemeinde die alternative Route benützt. Gerade nachts ist es vernünftig die alternative Route zu bevorzugen. Das ist kein riesiger Umweg. Nur das letzte Stück kann nur entweder über die Tösstalstrasse oder über den Mattenbachweg befahren werden. Dieser Teil des Radwegs längs dem Mattenbach grenzt nicht mehr an den naturnahen Raum an, sondern gehört zum Siedlungsgebiet. Stadtrat M. Gfeller hat den Auftrag gegeben abzuklären, ob das Stück beim Schulhaus Steinacker beleuchtet und der Übergang ins Quartier optisch so verbessert werden kann, dass die Motivation besteht durch das Quartier zu fahren. Wenn diese Teillösung kostenmässig nicht viel günstiger ist als eine Gesamtlösung, wird im Zusammenhang mit der Mattenbachsanierung auch diese Variante geprüft. Es kann aber nicht das Ziel sein, Radwege, die nicht durch eigentliches Siedlungsgebiet führen, zu beleuchten, wenn es gute Alternativrouten gibt.

M. Hollenstein (CVP) überreicht Stadtrat M. Gfeller als Chef der Stadtwerke eine Sparlampe damit am Mattenbach das Licht angeht. Eine weitere Sparlampe überreicht M. Hollenstein Stadtrat M. Künzle, Chef der Sicherheit, vielleicht wird jetzt etwas mehr Druck gemacht. Eine

weitere Sparlampe ist für das Departement Bau bestimmt, weil die departementsübergreifende Zusammenarbeit wichtig ist. M. Hollenstein hofft auf eine zündende Idee.

M. Zeugin (GLP): „Der Bau des **Eulachparkes** schreitet voran und die Planung für die Etappe 3 („Nord“) wird bald in Angriff genommen. Am Rande des Parkteils Nord steht das Sulzer-Wohlfahrtshaus. Die Zukunft dieses Gebäudes ist noch ungewiss. Um aus dem Parkteil Nord wie geplant einen Ort der Erholung werden zu lassen, sollte der Park im Einklang mit diesem Gebäude stehen. Der Ursprüngliche Zeitplan (vgl. Weisung 2005/049) sieht vor, dass die Etappe 4 zeitlich nach der Etappe 3 realisiert wird. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen: Beeinträchtigen die Unklarheiten im Bezug auf die weitere Entwicklung des Sulzer-Wohlfahrtshauses die Planung (Konzept dieses Parkteils als Ort der Erholung) und Realisierung/Umsetzung (Zeitplan) der Etappe 3 „Nord“ des Eulachparkes? Und wenn ja, sieht der Stadtrat eine Möglichkeit die Etappe 4 der Etappe 3 vorzuziehen?“

Stadtrat M. Gfeller: Es ist davon auszugehen, dass die Etappe 3 realisiert werden kann unabhängig davon was mit dem Wohlfahrtshaus passiert. Die Parkplanung ist nicht stark darauf angewiesen, dass das Wohlfahrtshaus stehen bleibt. Die Fläche vor dem Wohlfahrtshaus wird weiterhin den parkähnlichen Charakter behalten. Die Etappe 4 kann nicht vorgezogen werden, weil die Landabtretungen mit der Firma Sulzer noch nicht erfolgt sind. Diese Etappe wird erst ganz zum Schluss realisiert.

F. Künzler (SP): Das **Parkhaus des neuen Einkaufszentrums "Lokwerk"** im Sulzerareal wird über die Jägerstrasse erschlossen, deren Anwohner mit der Eröffnung im Mai 2009 mit erheblichem Mehrverkehr belastet werden. Zudem ist die Einfahrt sehr unübersichtlich und führt über einen Schulweg. Welche Massnahmen trifft der Stadtrat, um die Sicherheit der Schulkinder zu gewährleisten und den Parkplatz-Suchverkehr bei belegtem Parkhaus zu minimieren (z.B. mittels Statusanzeigen beidseits der Zürcherstrasse)?"

Stadtrat M. Künzle: Der Ausbau der Ein- und Ausfahrt zum neuen Parkhaus „Lokwerk“ entspricht den Normen für solche Ein- und Ausfahrten. Auch die Sichtdistanzen werden eingehalten. Die Ein- und Ausfahrt führt über ein Trottoir – das heisst der Fussgänger hat Vortritt. Weil auf diesem Trottoir auch Kinder zur Schule gehen, wird aus Gründen der Verkehrssicherheit mittels Signalisation und entsprechender Markierung „kein Vortritt“ das geltende Verkehrsregime unterstrichen. Mit den Anwohnern und den Quartiervereinen sind Stadtpolizei und Verkehrsplanung des Departements Bau in Kontakt. Ab in Betriebnahme wird die Situation genau beobachtet. Wenn nötig werden weitere Massnahmen geprüft. Um unnötigen Suchverkehr zu verhindern wurde in der Baubewilligung festgelegt, dass der Anschluss an das Parkleitsystem stattfinden muss. Das ist auf gutem Weg.

A. Dauru (SP): Unbenutzte, öffentliche Parkplätze in der Tiefgarage "Unteres Bühl": Mitte der 80er Jahre räumte die Winterthur Versicherung der Stadt ein Nutzungsrecht für 73 Parkplätze in ihrem Parkhaus der neuen Wohnüberbauung "Unteres Bühl" ein. Nach der Einführung der Tarifpflicht leerte sich die Garage kontinuierlich. Ende 06 wurde der Vertrag mit der heutigen Wincasa teilweise gekündigt; das oberste Geschoss mit seinen 36 Parkplätzen wird jedoch weiterhin von der Stadt gemietet. Das jährliche Defizit der leer stehenden Parkplätze konnte so zwar halbiert werden, die verbliebenen Parkplätze stehen jedoch nach wie vor hauptsächlich leer. Wie hoch ist das jährliche Defizit dieser öffentlichen Parkplätze bzw. wie verhält es sich im Allgemeinen mit der Wirtschaftlichkeit des Betriebs dieser Parkplätze, welche praktisch immer leer stehen?

Stadtrat M. Künzle: Mitte der 80er Jahre hat die Stadt von der Winterthur Versicherung im Zusammenhang mit der Überbauung das Nutzungsrecht für 73 Parkplätze erhalten. Es ist richtig, nach der Einführung der Tarifpflicht sind die Benutzerzahlen kontinuierlich zurückgegangen. Ende 2006 hat die Stadtpolizei die Situation neu geprüft. In der Folge wurde der Vertrag mit der Wincasa gekündigt und die Stadt hat nur noch 36 Parkplätze gemietet. Damit sollte der Dorfkern von Oberwinterthur entlastet werden. Vor allem in Spitzenzeiten und bei grösseren Anlässen waren diese Parkplätze wertvoll. Zurzeit sind von den 36 Parkplätzen 10

fest vermietet. Der jährliche Betriebsaufwand für die Stadt beträgt 32'000 Franken, die Einnahmen belaufen sich auf ca. 10'000 Franken. Der Verlust in der Betriebsrechnung beläuft sich auf ca. 22'000 Franken. Es ist damit zu rechnen, dass in Oberwinterthur in den nächsten Jahren durch verschiedene Bauprojekte die Anzahl der Parkplätze reduziert wird. Daher warnt der Stadtrat davor an der Situation im Unteren Bühl etwas zu ändern. Der Stadtrat hat aber auch festgestellt, dass viele Bewohnerinnen und Bewohner in Oberwinterthur ihr eigenes Parkhaus nicht kennen. Da wäre zu überlegen, wie das Angebot bekannt gemacht werden kann.

E. Wettstein (SP): Friedhofsinformationssystem: Ein Bekannter besuchte im Raum Basel das Grab seines Göttis. Den grossen Friedhof zu finden war kein Problem, aber wo befindet sich das Grab? Und siehe da: Beim Friedhofeingang befindet sich eine Informationsstelle mit einem Computer, bei demselben musste er nur noch den Namen des Verstorbenen eingeben und auf dem Plan wurde sofort ersichtlich wo sein Götti die letzte Ruhe gefunden hatte. Wie finde ich auf den Winterthurer Friedhöfen ein bestimmtes Grab? Soviel ich weiss gibt es in Winterthur kein so genanntes Friedhofsinformationssystem. Ist der Stadtrat nicht auch der Meinung, dass ein solches System auf grossen Friedhöfen Sinn macht?

Stadtrat M. Gfeller glaubt gerne, dass es solche Systeme gibt. Er weiss auch, dass die Software, die bei der Stadtgärtnerei neu installiert wird, diese Option enthält. Die zusätzlichen Kosten belaufen sich auf ca. 20'000 Franken. Der Stadtrat überlegt sich, ob sich diese Installation lohnt. Im Gegensatz zu den Gemeinden im Kanton Baselland ist Winterthur mit einem weiteren Problem konfrontiert. Es gibt durchaus Leute, die wissen, dass ihre Verwandten in Winterthur beerdigt worden sind. Sie wissen aber nicht auf welchem Friedhof. Wenn schon, müsste geprüft werden, ob diese Informationen ins Internet gestellt werden können. Das wäre sicher ein Vorteil. Der Stadtrat wird den Vorschlag prüfen. Wenn diese Option nicht mehr als 22'000 Franken kostet, bestehen gute Chancen für eine Einführung.

J. Heusser (FDP): Anfrage an den Stadtrat W. Bossert zu den **Bauarbeiten in einem Teil des Eichliackerquartiers:** Im Bereich der Reutgasse, Klosterstrasse, Rosenaustrasse und Freiestrasse werden Tiefbauarbeiten durch die Firma Büttner ausgeführt. Diese Firma hat in diesem Teil des Quartiers 12 bis 17 Deponien von Rohmaterial, Baucontainer oder Schuttmulden, um die herum mehr oder weniger Ordnung herrscht. Das Teilstück Bütziackerstrasse ist seit November nicht wieder geteert worden und der Winter hat das Ganze negativ unterstützt, sodass zeitweise 10 cm tiefe Autospuren entstanden sind. Auch heute liegen noch einige Kies-Sandhaufen in der Strasse, die die Durchfahrt massiv erschweren. Wann wird diese ganze Unordnung einigermaßen behoben, die Anzahl Deponien verkleinert und wann werden die Arbeiten in diesem Geviert abgeschlossen sein. Für die Quartierbewohner, sowie die Besucher des Quartiers ist der Eindruck entstanden, die Firma Büttner kümmere sich überhaupt nicht um die Unordnung. Anmerkung: Seit dem letzten Freitag hat sich die Situation entscheidend verbessert. Ob die Anfrage Anlass dazu war, kann J. Heusser nicht sagen. Auf die beiden letzten Fragen – Abschluss der Arbeiten und Anzahl der Deponien – hätte J. Heusser gerne eine Antwort.

Stadtrat W. Bossert: Die Feststellungen von J. Heusser haben bis vor kurzem noch zugehört. Auf den konstanten Druck der Projektleiterin hin, hat die Firma Büttner anfangs der letzten Woche die Baustellen aufgeräumt. Jetzt stehen nur noch die notwendigen Materialdeponien und Mulden in der Nähe der Baustellen. Auch aufgrund der Wetterverhältnisse ist eine schwierige Situation entstanden – die Schneepflüge wurden behindert, die Bauarbeiten mussten aber weitergeführt werden. Seit letzter Woche arbeitet die Firma mit zwei Gruppen an der Freiestrasse und an der Bütziackerstrasse – an der Freiestrasse wird am Ersatz der Kanalisation gearbeitet und an der Bütziackerstrasse am EW-Trasse. Ende Monat sollte der letzte Hausanschluss der Kanalisation ausgeführt sein, danach beginnt man mit den Arbeiten im Strassenbau. Gemäss Bauprogramm sollte spätestens Ende Juni überall die Tragschicht eingebaut sein – danach folgt der Deckbelag.

R. Kleiber (EVP): Das **Hallenbad Michaelschule** und das **Hallenbad Wülflingerstrasse** sind nur noch für die Volksschule und für Kurse offen. Früher waren diese Hallenbäder auch der Bevölkerung zugänglich. Das **Hallenbad Geiselweid** hat Rekordbesucherzahlen und ist oft überlastet. Im Sommer 2010 wird das **Hallenbad Geiselweid** wegen Sanierungsarbeiten voraussichtlich für 6 Monate geschlossen. Ist es möglich, dass das **Hallenbad Michaelschule** und das **Hallenbad Wülflingerstrasse** ausserhalb der Kurszeiten wieder geöffnet werden für die Bevölkerung, die sich sportlich betätigen und/oder sich einfach im Wasser vergnügen will.

Stadträtin P. Pedergnana: Gemäss aktuellem Investitionsplan wird das **Hallenbad Geiselweid** erst im Jahr 2011 saniert. Es ist denkbar, dass dann die beiden Schulschwimmanlagen zur Kompensation des Wasser-Engpasses miteinbezogen werden. Beide Schulschwimmanlagen sind unter der Woche von 08.00 bis 16.00 Uhr, zum Teil bis 18.00 Uhr durch die Schule belegt (Schwimmunterricht der 3. Primarklassen und Freiwillige Schulsportkurse Schwimmen). Es finden in beiden Bädern jeden Mittag und an allen Abenden Aquafitnesslektionen statt. Am Wochenende stehen die Anlagen für terminliche Belegungen zur Verfügung – Weiterbildungen SLRG, Alternativprogramme von Vereinen, der Samstagmorgen in der Michaelschule ist fix an die Schwimmschule Ursula Bohn vermietet.

Bei der jetzigen Nutzung sind keine Bademeisterinnen oder Bademeister der Stadt vor Ort. In den Benützungsbewilligungen wird eine anwesende Person mit einem SLRG Rettungsschwimmerbrevet verlangt und stichprobenartig kontrolliert. Die Stadt generiert mit der jetzigen Nutzungspraxis knapp 200'000 Franken an Vermietungseinnahmen. Zudem leisten die umfangreichen Aquafitnessangebote einen wesentlichen Beitrag zur hohen sportlichen Aktivität der Winterthurerinnen. Eine Öffnung der Kleinhallenbäder wäre am Samstagnachmittag und Sonntag möglich. Dabei handelt es sich aber nicht um die absoluten Spitzenzeiten des **Hallenbads Geiselweid**. Spitzenzeiten sind über Mittag und 17.00 bis 21.00 Uhr unter der Woche. Eine Öffnung für die Bevölkerung wäre nur möglich, wenn zusätzliche Bademeisterinnen und Bademeister angestellt würden. Es ist mit Lohnkosten pro Jahr ca. 60'000 Franken zu rechnen. Ausserdem hätten andere Belegungen keinen Platz mehr. Auf Grund dieser Fakten wird bei den Schulschwimmanlagen auf eine zielgruppenorientierte Nutzung mit dem kleinst möglichen Aufwand gesetzt. Es ist nicht vorgesehen diese Schulswimmanlagen für die Öffentlichkeit zu öffnen.

P. Rütimann (FDP): Finanzierung der Untertunnelung der Zürcherstrasse in Töss:

Schon seit Jahren warten die Tössemerinnen und Tössemer berechtigterweise auf die Reparatur des Stadtbilds beim Zentrum Töss. Soll nicht einfach Kosmetik betrieben werden, braucht es die Untertunnelung der Zürcherstrasse. Im Gespräch sind denn auch verschiedene Varianten. Weil die Zürcherstrasse eine Hauptverkehrsstrasse von kantonaler Bedeutung ist, liegt die Finanzierung grundsätzlich beim Kanton. Da die Untertunnelung überdies der Verbesserung des Ortsbilds dient, ist denkbar, dass auch der Agglomerationsfonds des Bundes einen Teil der Kosten übernimmt. Ist der Stadtrat ganz grundsätzlich bereit, das Projekt der Untertunnelung von Töss so voranzutreiben, dass Gelder des kantonalen Strassenfonds und im Jahr 2012 von der nächsten Tranche des Agglomerationsfonds dafür beantragt werden können?

Stadtpräsident E. Wohlwend: Weil sich das Projekt Töss noch im Portefeuille des Stadtpräsidenten befindet, beantwortet er diese Frage. Der Stadtrat hat im Zusammenhang mit dem Projekt Töss Vertiefungsstudien in Auftrag gegeben. Eine dieser Studien betrifft die Untertunnelung beim Zentrum Töss. Etliche Fragen sind noch offen. Zurzeit werden drei Varianten geprüft. Je nach dem, ob eine Variante mit Untertunnelung ausgeführt wird, stellt sich die Frage, ob eine Eingabe für einen Beitrag aus dem Agglomerationsfonds gemacht werden muss. Der Stadtrat rechnet damit, dass er bis im Sommer einen Entscheid fällen wird. Je nach dem, wie dieser Entscheid ausfällt, reicht die Zeit noch aus, um einen Antrag für einen Beitrag aus dem Agglomerationsfonds zu stellen.

D. Schraft (Grüne): Wann wird die Winterthurer Bevölkerung in den Genuss kommen von gemeindeeigenen Generalabonnements der SBB (Leih-GA), die zu günstigen Tarifen tageweise benützt werden können?

Stadtrat M. Gfeller: Der Gemeinderat hat mit der Budgetänderung vom letzten November grundsätzlich das Geld zur Verfügung gestellt damit 2009 gemeindeeigene Generalabonnemente eingeführt werden können. Wenn aber einfach eine gewisse Anzahl Abonnemente gekauft würde – pro Stück kosten diese 10'000 Franken – dann besteht ein erhebliches Risiko. Der Stadtrat muss genau abklären wie viele Generalabonnemente abgesetzt werden könnten. Diese Abklärungen laufen noch. Parallel wird auch abgeklärt, wie weit der Versand per Post erfolgen soll und wie weit die Reservation über das Internet möglich ist. Stadtrat M. Gfeller geht davon aus, dass zwischen den Sommer- und Herbstferien diese Aktion gestartet werden kann.

G. Bienz (CVP): Es kommt vor, dass städtische **Liegenschaften** während längerer Zeit ganz oder teilweise leer stehen, so z.B. Räumlichkeiten in der Liegenschaft Rössligasse 7 bis 11 in Seen. Wer betreut die leerstehenden städtischen Liegenschaften / Räumlichkeiten und reagiert in einem Schadenfall?

Stadträtin V. Gick: Leerstehende städtische Liegenschaften werden durch den jeweiligen Liegenschaftenbewirtschafter betreut. Jede Liegenschaft ist einem bestimmten Betreuer zugeweiht, bei dem auch die Verantwortung liegt. Grundsätzlich werden in leerstehenden Räumlichkeiten Zeitschaltuhren installiert, die jeweils das Licht einschalten. Damit soll vermieden werden, dass ungebetene Gäste auf eine Liegenschaft aufmerksam werden. Periodisch wird eine Begehung der Liegenschaft durchgeführt. Mehrere Begehungen mit der Projektplanung wurden in der Liegenschaft Restaurant Rössli durchgeführt. Dabei konnte der Zustand der Liegenschaft geprüft werden. Damit war dauernd eine Objektüberwachung vorhanden. Zum Schadenfall: Aufgrund eines Defekts der Wasserleitung wurden die Stadtwerke informiert. Die Adressen der Bewirtschafter sind den Stadtwerken bekannt. Der Schadenfall ist durch den Mieter der ehemaligen Militärküche festgestellt worden. Dieser hat richtig reagiert und die Stadtwerke informiert. Diese haben den Kontakt mit dem Liegenschaftenbewirtschafter hergestellt. In der Regel schaut die Nachbarschaft ebenfalls zu diesen Liegenschaften und informiert über aussergewöhnliche Vorkommnisse.

St. Fritschi (FDP): Winterthur ist eine Energiestadt. Umso erstaunter bin ich, dass bei verschiedenen **Schulhausumbauten** (z.B. Schachen und Ausserdorf) neuartige Fensteröffnungsautomaten installiert wurden, die alles andere als energiesparend sind. Diese Automaten reagieren auf den CO²-Gehalt im Klassenzimmer. Sobald ein Grenzwert überschritten wird, öffnen sich kleine Fensterchen. Diese Automatik ist sehr fehlerhaft und stört den Unterricht. Wenn bei Prüfungen der CO²-Gehalt überschritten wird, beginnen die verschiedenen geräuschvollen Getriebe die Fenster zu öffnen. Das stört die konzentrierten Lernenden. Im Winter wird dadurch auch das ganze Klassenzimmer unterkühlt. Leider öffnen sich diese Fensterchen auch in der Nacht, so dass einige Lehrkräfte ihr Klassenzimmer - zwar mit einem tiefen CO²-Wert - aber völlig unterkühlt am Morgen vorfinden. Warum installierte die Stadt diese unausgereiften, untauglichen Spielzeuge in einigen Schulhäusern? Wie viel kostet dieses Lüftungssystem, das unnötig Strom verbraucht und energieeffizientes Stosslüften verunmöglicht?

Stadträtin P. Pedergnana: Beim Schulhaus Schachen musste im 2007 eine Aussenrenovation durchgeführt werden. Dabei wurden neben der Fassadensanierung auch die Fenster und die Beleuchtungen ersetzt. Erstmals wurde bei einer Aussenrenovation nicht eine Lüftungsanlage, sondern eine automatische Fensteröffnung über eine CO² Mess- und Steuerung eingebaut. Dies aus zwei Gründen: Die heutigen sehr dichten Fenster und die neu isolierten Fassadenteile führen dazu, dass in den Klassenzimmern bereits nach wenigen Minuten der CO² Grenzwert überschritten wird. Im Weiteren können durch die hohe Luftfeuchtigkeit Bauschäden entstehen. Zur Gewährleistung des erforderlichen minimalen Aussenluft-

wechsels werden die Oberlichtfenster automatisch geregelt. Die automatischen Fensterantriebe ermöglichen die Feuchtigkeitsabfuhr im Winter und gewährleisten im Sommer die Kühlung der Räume in der Nacht. Für die hygienisch erforderliche Lüftererneuerung, welche nur während den Präsenzzeiten erforderlich ist, kann jederzeit nach Bedarf auch manuell gelüftet werden.

Erfahrungen: Mit der eingebauten automatischen Steuerung wurde nun die Erfahrung gemacht, dass die Fenster sich während dem Unterricht öffnen und den Schulbetrieb stören können. Bei kalten Aussentemperaturen wurden die Räume unangenehm ausgekühlt. Zudem lässt sich die Automatik nur schwer bedienen und der zeitliche Aufwand für die Einstellungen für jeden einzelnen Raum ist sehr aufwändig. Stadträtin P. Pedernana hat die Situation vor Ort geprüft und hat sich davon überzeugen lassen, dass sich die Automatik nicht bewährt hat. Diese Technik wird bei weiteren Projekten nicht mehr eingebaut. Im Schulhaus Schachen werden die Fensteröffnungen neu nur noch über eine Zeitschaltuhr gesteuert. Diese können nach Stundenplan eingestellt werden. Dasselbe gilt beim Schulhaus Ausserdorf. Die Fragen nach Kosten und Nutzen solcher Systeme müssen im Zusammenhang mit den effektiven Energie-Einsparungen der nächsten Jahre gestellt werden. Die Energieeinsparungen beziehen sich aber nicht nur auf die automatische Steuerung der Fenster sondern auf den Gesamtverbrauch des Gebäudes. Daher können heute noch keine konkreten Aussagen gemacht werden.

O. Seitz (SP): Verspätungen von Stadtbus: Von den letzten zehn Fahrten mit der Linie 1 des Stadtbus war mehr als die Hälfte verspätet und dies bis zu fünf Minuten. Insbesondere wenn man auf den Zug umsteigen muss, ist die zu späte Ankunft ärgerlich. Was gedenkt Stadtbus gegen die hohe Anzahl Verspätungen zu machen?

Stadtrat M. Gfeller: Für die Verspätungen entschuldigt sich der Stadtrat. Es kann aber nicht sein, dass der Fahrplan für jeden Extremfall in der Verkehrssituation erstellt wird. Das würde extrem teuer werden. Verspätungen können auch beim besten öffentlichen Verkehrsmittel ab und zu vorkommen. Stadtrat M. Gfeller empfiehlt – vor allem auf Linien mit sehr dichtem Takt und das ist bei der Linie 1 der Fall – eine gewisse Übergangszeit auf dem Hauptbahnhof einzurechnen. Zwischen den Zügen ist eine Übergangszeit von 3 Minuten im Kursbuch publiziert. Für das Umsteigen vom Bus auf die Bahn sollte etwas mehr als diese 3 Minuten eingerechnet werden. Die Verspätungen entstehen aufgrund der immer höheren Verkehrsdichte auf den Strassen und aufgrund der zum Teil schwierigen Lichtsignalsteuerungen. Daran muss längerfristig gearbeitet werden. Winterthur braucht eine Regionale Verkehrssteuerung, mit der die Verkehrsflüsse besser dosiert werden können, damit der Bus nicht im Stau stecken bleibt. Es wäre nicht geschickt den Busfahrplan den Extremsituationen anzupassen. Man muss daran arbeiten, damit diese Extremsituationen so wenig wie möglich auftreten.

M. Ott (SP): Im Landboten vom Samstag konnte man lesen, dass das Strafverfahren zum schweren Unfall am Albanifest 2008 hätte verhindert werden können, wenn es eine sogenannte Betriebsfreigabekontrolle gegeben hätte nachdem das Fahrgeschäft montiert und aufgestellt worden ist. Eine Betriebsfreigabekontrolle ist zwar nicht gesetzlich vorgeschrieben, ist aber in anderen Städten Standard – insbesondere werden am Knabenschiessen und am Züri fest solche Betriebsfreigabekontrollen verlangt. Nachdem sich das Albani Festkomitee etwas zögerlich zu diesem Thema geäußert richtet M. Ott ihre Frage an Stadtrat M. Künzle. Wird der Stadtrat für das Albanifest 2009 dem Komitee die entsprechenden Auflagen machen, falls sich das Komitee nicht selber verbindlich dazu verpflichtet?

Stadtrat M. Künzle: Diese Betriebsfreigabekontrolle, die in Eigenverantwortung der Schausteller gemacht wird, plus die Stichproben der Behörden, bieten noch keine Garantie, dass nichts passiert. Das muss festgehalten werden. Selbstverständlich muss das Vorgehen geprüft werden, wenn dadurch die Sicherheit verbessert werden kann. Der Stadtrat wird mit dem Festkomitee diese Frage vertieft erörtern.

S. Stöckli (GLP): Was ist der aktuelle Stand im Sicherheitskonzept im Ratssaal während den Gemeinderatssitzungen – Stichwort Telefon oder Gepäck auf der Zuschauertribüne?

Stadtrat M. Künzle hat von seinem Platz aus die beste Sicht auf den Eingang und er hat bereits Telefonanrufe getätigt, wenn bestimmte Personen den Ratssaal betreten haben - zudem sitzen 5 Polizisten im Rat. Daher hat Stadtrat M. Künzle ein gutes Gefühl.

W. Schurter (CVP): Letzte Woche war W. Schurter in der Mehrzweckanlage (MZA) Teuchelweiher mit rund 200 anderen Armeeangehörigen im Stabskurs. Dabei hat er festgestellt, dass die MZA saniert, mit neuem Mobiliar und mit einer neuen Beleuchtung ausgestattet wurde. So war das Arbeiten darin sehr angenehm. Im krassen Gegensatz dazu präsentierte sich das Unterkunftsgebäude: Defekte Duschen, abgenutzte und nicht mehr zeitgemässe Zimmerausrüstungen, „miefiger“ Geruch usw. Anlässlich eines Apéros sind Gemeinderatspräsident, Stadtpräsident und der Sicherheitsvorsteher bereits informiert worden. Wann ist die Sanierung des Unterkunftstraktes in der MZA Teuchelweiher vorgesehen?

Stadträtin V. Gick: Es ist richtig, dass der Altbau der MZA mit eher kosmetischen Eingriffen wieder in Schuss gebracht worden ist. Das konnte aus Geldmitteln der laufenden Rechnung bezahlt werden. Jetzt fragt W. Schurter nach dem Unterkunftsgebäude. Stadträtin V. Gick ist betroffen, wenn die Dusche des Kommandanten tropft und die Wärmeregulierung nicht funktioniert. Die Stadträtin kann insofern beruhigen, dass diese Mängel behoben sind. Die Dusche des Kommandanten funktioniert wieder. Selbstverständlich hat sich Stadträtin V. Gick persönlich dafür eingesetzt. Es ist richtig, dass das Unterkunftsgebäude in die Jahre gekommen ist. Auch das Mobiliar ist nicht das Neueste aber alles ist noch gut gebrauchsfähig. Der Stadtrat hat den Eindruck, dass die Sanitären Anlagen zusammen mit der gesamten Haustechnik saniert werden müssen. Das ist in den nächsten 5 Jahren nicht geplant. Selbstverständlich wird aber ständig darauf geachtet, dass alles funktioniert. Eine Auffrischung wird teuer, bereits der Ersatz der Betten würde 400'000 Franken kosten. Eine Erneuerung wäre zwar schön, gehört aber doch eher zum Wunschbedarf. Das Unterkunftsgebäude wird sich der Stadtrat in etwa 5 Jahren vornehmen und hofft, dass bis dahin genug Geld vorhanden sein wird.

E. Wettstein (SP): Wie lange kann es sich die Stadt noch leisten den Frohsinn im Eidberg zu schliessen? Wann wird dieses beliebte Restaurant wieder geöffnet.

Stadträtin V. Gick: Der Frohsinn ist ein wichtiges Restaurant in dieser Aussenwacht und muss überholt werden. Die Projektierung ist abgeschlossen – die Stadträtin ist nicht ganz sicher, ob das Projekt im Bauausschuss bereits behandelt worden ist. Sie hat das Projekt und die entsprechenden Kostenvoranschläge gesehen. Das Restaurant soll saniert werden. Stadträtin V. Gick kann aber nicht genau sagen, wann mit dem Umbau gestartet wird.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2007/010: Antrag und Bericht zum Postulat N. Galladé (SP) betreffend Informationskampagne zum Verhalten bei Gewalt im öffentlichen Raum

M. Ott (SP) dankt namens des Postulanten und der SP dem Stadtrat für die Antwort. Die SP-Fraktion ist teilweise zufrieden mit der Antwort. Der Stadtrat hat das Problem gründlich analysiert. Er hat ausführlich die wichtigen Punkte dargelegt und Hinweise auf das richtige Verhalten gegeben, wenn Gewalt im öffentlichen Raum droht oder passiert. Er schreibt, dass es wichtig sei, in einer bedrohlichen Situation die Leute nicht zu duzen, weil sonst der Eindruck erweckt wird, dass sich die Situation unter Bekannten oder Kollegen abspielt. Der Stadtrat gibt auch Ratschläge, wie Passantinnen und Passanten zur Mithilfe aufgefordert werden können. Es ist wirksamer einzelne Menschen direkt anzusprechen und nicht einfach generell um Hilfe zu bitten. Das Problem scheint aber zu sein, dass diese Verhaltensregeln in der

Bevölkerung zu wenig bekannt sind. Der Interessenskonflikt, das heisst die Grenzziehung, zwischen Zivilcourage und Selbstgefährdung, ist sehr schwierig. Viele Leute sind sehr unsicher, wie sie reagieren sollen. Am Ende der Postulatsantwort wird ein neues Projekt vorgestellt. Mit Stadtrundgängen zum Thema Gewalt wird eine Gruppe von 30 Leuten zu gespielten Szenen geführt. Sie erhalten dabei die Gelegenheit, das eigene Verhalten in Gewaltsituationen auszuprobieren. Das Problem ist, dass eine Gruppen von 30 Leuten relativ klein ist. Erfahrungsgemäss werden solche Aktionen eher von Leuten besucht, die bereits für das Thema sensibilisiert sind. Es braucht flächendeckende Massnahmen, damit die Leuten und vor allem auch die Jungen, sich fragen, wie sie sich in einer entsprechenden Situation verhalten sollen. Die Wirkung muss flächendeckend sein. In Zusammenarbeit mit dem Jugenddienst der Stadtpolizei, der stark aufgestockt worden ist, könnte, zusammen mit den Schulbehörden, ein Angebot entwickelt werden, das alle Schülerinnen und Schüler erreicht. In Kursen und Workshops könnte öffentliche Gewalt thematisiert werden. Die Quartierpolizei hat ebenfalls eine wichtige Funktion. Die Analyse ist richtig, es sind aber noch zuwenig konkrete Aktionen geplant. Das Auflegen von Prospekten ist zuwenig, als dass dieses Wissen genügend verbreitet wird. Die SP erwartet mehr Aktivitäten vom Stadtrat – vor allem vom Departement Sicherheit.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion nimmt im zustimmenden Sinn von der Antwort Kenntnis. Es ist nicht so, dass man in Winterthur dauernd darauf gefasst sein muss, in einen Konflikt verwickelt zu werden. Das heisst aber nicht, dass man sich nicht darauf vorbereiten soll – besser vergebens vorbereitet sein, als sich in einer brenzlichen Situation falsch zu verhalten und den Konflikt eskalieren zu lassen. Die Idee der Stadtrundgänge zum Thema Gewalt ist gut. In Zürich werden diese bereits durchgeführt und D. Schraft ist auf die Umsetzung dieser Idee gespannt.

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt mit dem Stadtrat überein, dass die bestehenden Angebote und Dienstleistungen der Stadt und der privaten Anbieter genügen. Was meint der Stadtrat mit der Aussage, dass die Entstehung von Gewalt zu einem erheblichen Teil in tiefer liegenden gesellschaftlichen Begebenheiten begründet ist? Es sei wieder einmal erwähnt – die Grundlage für das Benehmen in der Öffentlichkeit wird den Menschen von den Eltern mitgegeben. Geschieht dies nicht oder nur ungenügend, wird nach dem Staat gerufen. Dieser ist aber mehr oder weniger machtlos. Eine ähnliche Problematik stellt sich auch beim Littering. Winterthur bezahlt einen gewissen Preis für das Wachstum der Stadt. Je mehr Menschen auf einem Raum zusammenleben umso mehr Probleme können entstehen. Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis.

K. Brand (CVP): Die CVP dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung des Postulats und nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis. Die fundierten Empfehlungen zur Gewaltbekämpfung im öffentlichen Raum und die diversen Massnahmen, wie sie im Bericht vom 25. Juli 2008 festgehalten sind, entsprechen den Ansichten der CVP-Fraktion. Die Fraktion begrüsst die Haltung des Stadtrates, die Entwicklung der Strassenkriminalität im Auge zu behalten und die Massnahmen kontinuierlich der jeweiligen Bedarfssituation anzupassen.

F. Helg (FDP): Zusammenfassend kann gesagt werden: Es herrscht Konsens – Gewalt im öffentlichen Raum hat keinen Platz und Gleichgültigkeit wäre eine falsche Reaktion. Zivilcourage ist in diesem Zusammenhang zu begrüssen. Den Forderungen im Postulat ist aber zuzustimmen, dass es nicht um eine Zivilcourage im Sinne von Heldentum geht sondern um eine umsichtige Zivilcourage. Die FDP-Fraktion anerkennt, dass zahlreiche präventive Massnahmen realisiert wurden – Verstärkung des Jugenddienstes der Stadtpolizei und der Einsatz von Quartierpolizisten, die bürgernahe und dezentral agieren. Dabei wird im Bericht zu Recht auch auf private Angebote verwiesen, die ebenfalls präventiv wirken, wie zum Beispiel das Angebot von Selbstverteidigungskursen. Die FDP-Fraktion schliesst sich den Schlussfolgerungen im Bericht an, dass das bestehende Angebot ausreicht und keine spezielle Informationskampagne notwendig ist. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die umfassende Darstellung der Problematik und nimmt im zustimmenden Sinn Kenntnis.

M. Ott (SP): Es geht in dieser Frage nicht einfach um Benehmen und es ist in diesem Zusammenhang auch nicht einfach Sache der Eltern ihren Kinder Anstand und Ordnung beizubringen. M. Ott hat eine gute Kinderstube genossen. Sie konnte aber von ihren Eltern nicht lernen, wie sie sich benehmen soll, wenn sie auf der Strasse bedroht wird. Das hat es vor einer Generation noch weniger gegeben. In der Postulatsantwort steht, dass gemäss Kriminalitätsstatistik ein Viertel aller Kriminalfälle auf der Strasse passieren, wenn andere Leute in der Nähe sind. Es geht für die Gesellschaft auch darum, dass man mit Zivilcourage Angreifern entgegentritt und ihnen damit Grenzen aufzeigt. Das ist aber nicht so einfach. Der Grat zur Selbstgefährdung ist schmal. M. Ott bleibt bei ihrer Ansicht. Der Stadtrat schreibt, dass hinreichend Massnahmen getroffen wurden. Da gibt es noch Spielraum. M. Ott bittet den Stadtrat aktiver zu werden und vor allem die jungen Leute zu stärken, damit sie Zivilcourage lernen können.

Stadtrat M. Künzle dankt für die gute Aufnahme der Postulatsantwort. Der Vorstoss war berechtigt. In einer Zeit, in der keiner mehr hinschaut und niemand mehr daran interessiert ist einzugreifen, weil er sich dadurch selber gefährden könnte, ist es wichtig, dass man von Zivilcourage spricht. Die Stadtpolizei produziert das Produkt Sicherheit nicht allein. Zusammen mit anderen Blaulichtorganisationen ist die Bevölkerung ein wichtiger Faktor. Trotzdem möchte der Stadtrat nicht das Bild vermitteln, Winterthur sei eine unsichere Stadt – im Gegenteil. Das zeigen die Statistiken über die Kriminalität und über die Gewalt im öffentlichen Raum. Die Kriminalstatistik 2008 hat gezeigt, dass in Winterthur die Gesamtzahl der erfassten Straftaten um weitere 6,2 % gesunken ist – in der Stadt Zürich betrug der Rückgang 2,5 % und im Kanton Zürich um 3,5 %. Die Einbruchzahlen in Winterthur sind markant zurückgegangen – nämlich um 13 %. In der Stadt Zürich und im Kanton Zürich haben diese zugenommen. Hingegen ist eine Zunahme der Meldungen von niederschweligen Delikten zu verzeichnen – seien das Verstösse gegen die APV, Schlägereien vor allem unter Jugendlichen, Nachbarschaftsstreitigkeiten oder Lärmklagen. Das bedeutet mehr Aufwand für die Polizei, trotz Rückgang der Kriminalitätsrate. Eine Bevölkerungsumfrage im Jahr 2007 hat gezeigt, dass für die Bevölkerung in Winterthur nach dem Verkehr, Ausländerfragen und Sauberkeit, die Kriminalität ein Problem darstellt. 15 % der Bevölkerung sind in dieser Hinsicht sehr besorgt. Ein Drittel der Bevölkerung wünscht sich vermehrte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Die Stadtpolizei macht sich zu dieser Problematik Gedanken und wird mit Sicherheit neue Ideen vorstellen.

Das sogenannte richtige Verhalten bei Gewaltakten im öffentlichen Raum kann nicht einfach pauschal formuliert werden. Das ist abhängig von der Situation, den eigenen Fähigkeiten und von der gegnerischen Seite. Mindestens beobachten und die Polizei avisieren – das ist sicher eine Grundregel, die bereits viel bringen würde, vor allem weil fast jeder ein Handy besitzt. Selber Hand anlegen kann gefährlich sein. Zuerst braucht es eine kurze Lagebeurteilung. Man muss abschätzen, ob man der Situation gewachsen ist. Das gute Resultat in der Kriminalstatistik ist auch auf das Verhalten der Winterthurer Bevölkerung zurückzuführen, die der Stadtpolizei oft Einzelfälle meldet und sich traut, Meldungen zu machen. Das zeugt von einer guten Vertrauensbasis zwischen der Bevölkerung und der Stadtpolizei. Die Polizistinnen und Polizisten in der Zentrale hören sich diese Meldungen an und je nach Stellung auf der Prioritätenliste wird die Polizei ausrücken. Es kann aber sein, dass sie nicht immer sofort ausrücken kann. Wenn es sich aber um einen Gewaltakt im öffentlichen Raum handelt, hat dieser Priorität. Viel ist gewonnen, wenn man hinschaut und Meldung macht, dass man selber eingreift, das verlangt niemand. Die Stadtrundgänge zum Thema Gewalt werden nicht einfach von 30 Leuten besucht, die sich anmelden. Es braucht eine Ausschreibung, das heisst eine breite Öffentlichkeit wird auf diese Rundgänge aufmerksam gemacht. Gestartet wird im Juli 2009. Es ist gut vorstellbar, dass diese Rundgänge ausgedehnt werden. Der Anspruch auf ein flächendeckendes Angebot kann kaum erfüllt werden. Die Polizei steht vor vielen Herausforderungen. Kampagnen wären sicher nützlich. Die gesellschaftlichen Hintergründe zur Entstehung von Gewalt sind Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde Freizeitbeschäftigung, Perspektivlosigkeit, Langweile, Aggression schürende Computerspiele etc.

Ratspräsident W. Langhard stellt fest, dass der Rat den Bericht im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat ist damit erledigt und abgeschlossen.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2007/027: Antrag und Bericht zum Postulat D. Hauser (SP) betreffend kommunale Massnahmen zur Eindämmung von Treibhausgasen

D. Hauser (SP): Es ist beinahe ein Allgemeinplatz, dass die Klimaerwärmung gegenwärtig die grösste Herausforderung an die Politik ist – auch in Zeiten der Wirtschaftskrise und auch auf kommunaler Ebene. Auf kommunaler Ebene denkt D. Hauser vor allem an die öffentlichen Bauten, an die Bauordnung, die Verkehrsplanung, die Planung des öffentlichen Verkehrs, die industriellen Betriebe, die selber produzieren, an die Energie, die Tarifpolitik etc. Der Postulatsbericht gibt Anlass, die Leistungen zu dokumentieren, die die Stadt erbringt. Dabei kann der Stadtrat einen beeindruckenden Katalog an Strategien und Massnahmen vorlegen, die ergriffen worden sind, um dem Ausstoss von Treibhausgasen zu begegnen. D. Hauser verweist auf die Seiten 12 und 13 der Antwort, darin werden Beispiele aufgezeigt, die dazu beigetragen haben, den begehrten Energie Award Gold zu erreichen. Obwohl die SP auch in Zukunft weitere Vorstösse einreichen wird, um die Situation weiter zu verbessern, ist D. Hauser stolz, dass er in einer Stadt politisieren kann, die so viele Massnahmen bereits umgesetzt hat. Trotzdem fehlt etwas in dieser Postulatsantwort. Im Postulat wurde folgende Forderung gestellt: „Zudem soll im Bericht eine Verknüpfung des Massnahmenplans mit dem Produktegruppenbudget (inklusive mögliche Wirkungszielformulierungen) sowie mit dem IAFP vorgenommen werden.“ Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort: „Die im Postulat angelegte Verknüpfung des Massnahmenplans mit dem Produktegruppenbudget und dem IAFP ist nicht Ziel führend, da beide Instrumente auf übergeordneter, strategischer Ebene angesiedelt und damit bezüglich Massnahmen nicht aussagekräftig sind.“ Das ist schade. In diesem Bericht fehlt letztlich ein integriertes Steuerungssystem und Monitoring der Massnahmen beziehungsweise der Erreichung der Massnahmen. Seite 7 wird das Energiekonzept angesprochen, danach werden die Ziele formuliert und auf Seite 8 werden im Bereich Volkswirtschaft Zielsetzungen genannt und Massnahmen aufgezeigt, die auch unter Einsparungen von Kosten eine Wirkung erzielen können.

Was macht der Stadtrat um eine Steuerung in seine Massnahme zu integrieren und um eine Kontrolle zu haben, damit seine Politik möglichst viel Wirkung erzielt? Die Stadt kennt mit WOV ein umfassendes Kontrollsystem, mit der Einführung von Kosten/Leistungsrechnungen auf Produkteebene und Produktegruppenebene. Letztendlich hat der Stadtrat damit ein sehr gutes System zur Steuerung und zum Monitoring – er müsste es nur nutzen. WOV ist nicht nur ein Finanzsteuerungssystem sondern ein Managementsystem für die ganze Stadt. Da reicht es nicht, wenn in den Produktegruppen einzelne Indikatoren definiert werden. Man hätte die Chancen diese Indikatoren in ein System zu integrieren. D. Hauser lädt den Stadtrat ein mehr zu unternehmen, um eine Steuerung in seine Aktivitäten hineinzubringen. Die SP hat aus diesem Grund in einem Postulat, das von F. Landolt eingereicht worden ist, diesen Punkt erneut aufgenommen. Im Rahmen von WOV soll das System genutzt werden für ein integriertes Nachhaltigkeitsmanagement für die Stadt Winterthur.

B. Dubochet (Grüne/AL) dankt im Namen der Grüne/AL-Fraktion für die Postulatsantwort. Es braucht keine Grundlagenstudien im Umweltschutz – die Grundlagen sind bekannt. Die Stadt arbeitet mit anderen Städten zusammen und tauscht Erfahrungen aus. Das ist sehr gut. Es reicht aber nicht, wenn man einfach das 2000-Watt-Modell oder die Vision „2 Tonnen CO²-Gesellschaft“ auf strategischer Ebene aufmerksam verfolgt. Im Postulat werden konkrete Massnahmen gefordert um die Emissionen zu senken. Der Stadtrat hat einen sehr breiten Massnahmenkatalog vorgelegt. Ein Kritikpunkt ist aber, dass es sich häufig um freiwillige Massnahmen handelt, die sich nicht auf das Portemonnaie auswirken. Wenn die Emissionen ernsthaft gesenkt werden sollen, müssen weitere Massnahmen ergriffen werden – Massnahmen, die sich auch auf das Portemonnaie auswirken, wenn sie befolgt oder eben nicht befolgt werden, sonst wird es die Stadt nicht schaffen die CO²-Emissionen zu senken. Die Statistik zeigt aber, dass in den letzten Jahren diese Emissionen angestiegen sind. Die Massnahmen, die bereits umgesetzt worden sind, greifen allerdings erst seit wenigen Jah-

ren. Es ist zu hoffen, dass die Emissionen im Jahr 2009 gesenkt werden können. Gemäss Umweltbericht ist vor allem im Verkehrsbereich grosser Handlungsbedarf angesagt. In den letzten 4 Jahren hat das Verkehrsaufkommen um 40 % zugenommen. Wenn die Stadt in diesem Bereich Verbesserungen realisieren will, sind vor allem Mut und Entschlossenheit gefragt.

W. Badertscher (SVP): Das vorliegende Postulat wurde mit einer ganz knappen Mehrheit überwiesen. Was auch zeigt, dass das Parlament in Bezug auf diese Problematik gespalten ist. Der Stadtrat hat das Postulat genutzt, um eine Auslegeordnung vorzunehmen. Er hat auf 10 Seiten über die Massnahmen der Stadt Winterthur informiert. Der Stadtrat hat auch klar gemacht, dass Klima- und Energieaktivitäten nur grossräumig und international eine grosse Wirkung zeigen werden. Das wurde bereits anlässlich der Überweisung des Postulates erklärt. Der Bericht zeigt klar auf, dass die Stadt Winterthur alle Massnahmen ergreift, die auf Gemeindeebene sinnvoll sind. Es gilt abzuwägen, was man machen kann und was finanzierbar ist. Es nützt nichts, wenn nicht finanzierbare Forderungen gestellt werden. Die Massnahmen müssen finanzierbar sein, damit das Gewerbe floriert. Wenn das Gewerbe nicht floriert, können geplante Massnahmen nicht umgesetzt werden. In diesem Sinne dankt die SVP-Fraktion dem Stadtrat für den Bericht und nimmt ihn im zustimmenden Sinne zur Kenntnis.

M. Hollenstein (CVP): Die CVP dankt dem Stadtrat für die umfassende Beantwortung des Postulats betreffend Kommunale Massnahmen zur Eindämmung von Treibhausgasen und nimmt den Bericht im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Er zeigt auf wie viele Möglichkeiten auf verschiedenen Ebenen Bund, Kanton und Gemeinden gegeben sind. Es ist erfreulich, dass die Stadt Winterthur in vielerlei Hinsicht mit ihren Aktivitäten und Energiekonzepten die Ressourcen schont und zielorientiert die Reduktion des CO²-Ausstosses angeht. Der Gemeinderat hat das mit der Zustimmung zum Traktandum 4 bewiesen. Die Luftreinhalteverordnung hat dazu beigetragen, dass Heizungen vermehrt redimensioniert, Gebäude besser isoliert, die Fernwärme ausgebaut und alternative Energien als Ersatz für fossile Brennstoffe gefördert werden. Durch ein ganzes Bündel von Massnahmen wird die Bevölkerung sensibilisiert Energie zu sparen. Es ist zu hoffen, dass es viele Nachahmer gibt und für die Nachkommen eine lebenswerte Welt zurückbleibt.

Stadtrat M. Künzle: Der Stadtrat hat eine sehr ausführliche Antwort auf den Vorstoss gegeben. Auch der Stadtrat ist stolz auf die Stadt Winterthur. Die Antwort zeigt, dass die Stadt im Klima- und Umweltschutz enorm viel leistet mit einem kleinen Team. Der Handlungsspielraum ist zudem nicht sehr gross. Die Stadt Winterthur ist Mitglied im Klimabündnis und sie ist Energiestadt mit der Auszeichnung in Gold. Das ist nicht einfach so passiert. Vertretungen von anderen Städten und Gemeinden kommen nach Winterthur, um zu lernen. Hinter diesem Erfolg steckt sehr viel Arbeit, der Wille die Lebensbedingungen in der Stadt zu verbessern und dem Klima- und Umweltschutz Sorge zu tragen. Die Stadt ist in dieser Beziehung sehr gut organisiert. Es handelt sich um eine Querschnittsaufgabe, deshalb ist die Vernetzung sehr wichtig. Zudem sind diverse Globalbudgets von diesem Massnahmenplan betroffen. Der Stadtrat hat sich zu den wichtigsten Treibhausgasen - Kohlendioxyd, Methan und Lachgas – geäussert. Wenn man das genauer anschaut, stellt man fest, dass trotz Verkehrszunahme und wachsender Stadt der CO²-Ausstoss fast stagniert, die Methangasmenge ist rückläufig und Lachgas ist – nach einem markanten Anstieg 2000 – ebenfalls rückläufig. Trotz der Entwicklung der Stadt ist der CO²-Ausstoss tendenziell gesenkt worden. Um diese Entwicklung festzuhalten, werden regelmässig Messungen durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Umweltbericht zusammengestellt. Die Resultate 2009 können noch nicht vorgelegt werden. Der Stadtrat kann aber keine Prognosen stellen. Im neuesten Bericht wird er aber die Resultate von 2009 aufzeigen, die bisherigen Massnahmen an diesen Resultaten messen und weitere Massnahmen prüfen. Die wichtigsten Säulen der städtischen Klimapolitik sind: Der kommunale Energieplan, das Energiekonzept 2000 bis 2020, das Aktivitätenprogramm Energie 2007 bis 2020, den Einsatz von erneuerbaren Energien, die Aktivitäten als Energiestadt und die Mitgliedschaft im Klimabündnis Schweiz. Der Stadtrat hat im Weiteren aufgezeigt, dass verschiedene Ebenen im umweltpolitischen Bereich in die Pflicht ge-

nommen werden müssen – nicht nur die Städte sondern auch die Kantone und der Bund. Diese Ebenen müssen koordiniert und die einzelnen Projekte und Massnahmen müssen auf den verschiedenen Ebenen aufeinander abgestimmt werden. Der Stadtrat hat erkannt, dass im Bereich kommunale Gebäude und Anlagen noch Nachholbedarf besteht. Er hat seine Flexibilität unter Beweis gestellt, indem er sofort den Gebäudestandard 2008 eingeführt hat. Zurzeit werden weitere Massnahmen vorbereitet. Der Stadtrat überprüft, wie weit Winterthur von einer 2'000 Watt Gesellschaft entfernt ist. Die Stadt Zürich hat eine eindrückliche Messlatte gesetzt. Winterthur ist bezüglich Umwelt- und Klimapolitik sehr gut vernetzt und profitiert auch von Studien und Unterlagen aus anderen Gemeinwesen. Die Hauptbotschaft dieser Postulatsantwort ist: „Winterthur unternimmt etwas.“ Was die finanzielle Steuerung betrifft, nehmen die einzelnen Globalbudgets die Punkte aus dem Massnahmenplan auf. Darauf wird auch im Rahmen der bestehenden Organisation geachtet.

Ratspräsident E. Langhard: Der Bericht wurde im Zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen, damit ist das Postulat erledigt und abgeschrieben.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B2006/140: Kasumovic geb. Mekanovic Ema, geb. 1957, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

2. B2007/201: Nedeljkovic Srdjan, geb. 1982 und Ehefrau Nedeljkovic geb. Adamovic Suzana, geb. 1983, mit Kindern Jana, geb. 2002, Marjan, geb. 2003, Marko, geb. 2006 und Ana, geb. 2006, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

3. B2008/171: Kiliç Dinçer, geb. 1979, türkischer Staatsangehöriger

Noch nicht behandlungsreif

4. B2008/235: Baruti Hamdi, geb. 1964, mit Kindern Jetmir, geb. 1993, Jetmire, geb. 1994 und Vahid, geb. 2007, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

5. B2008/236: Beqiri Bashkim, geb. 1967 und Ehefrau Beciri geb. Gjocaj Luljeta, geb. 1972, mit Kindern Florent, geb. 1997, Bindi, geb. 2001 und Brikena Luisa, geb. 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2008/238: Duah Kwaku, geb. 1959, ghanaischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2008/240: Gorospe Koch geb. Gorospe Amihan Guadalupe, geb. 1962, philippinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2008/241: Kameri geb. Qerimi Nergjivane, geb. 1979 und Ehemann Kameri Nexhat, geb. 1970, mit Kindern Laurant, geb. 2001 und Edison, geb. 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2008/242: Kanapathipillai Balachandran, geb. 1970 und Ehefrau Balachandran geb. Kanagasundaram Sangeetha, geb. 1980, mit Kindern Nithushan, geb. 2000 und Nivethan, geb. 2002, srilankische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2008/244: Öznalci Tanju, geb. 1964, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2008/245: Pelin geb. Agaciksoy Türkan, geb. 1948, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2008/246: Radujkov geb. Zivanov Jelica, geb. 1941 und Ehemann Radujkov Branislav, geb. 1939, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2008/247: Rahmani geb. Caja Eljzana, geb. 1983 und Ehemann Rahmani Emir, geb. 1978, mit Kindern Elvedin, geb. 2003 und Benjamin, geb. 2006, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2008/248: Rahmanovski Ljumi, geb. 1975 und Ehefrau Rahmanovska geb. Rusitovska Emirana, geb. 1978, mit Kindern Samir, geb. 1998, Erdoan, geb. 2002 und Emina, geb. 2006, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2008/249: Ribar geb. Türkay Elçin, geb. 1977 und Ehemann Ribar Volkan, geb. 1969, mit Kindern Emir, geb. 1998 und Selin Duru, geb. 2008, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2008/250: Sagiroglu Imam, geb. 1968 und Ehefrau Sagiroglu geb. Yesilkaya Selver, geb. 1977, mit Kindern Berivan, geb. 1996 und Sirvan, geb. 1997, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2008/251: Sampaio Manuel Carlos, geb. 1958 und Ehefrau Sampaio geb. da Costa Eugenia Silvia, geb. 1966, portugiesische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2008/252: Tabaku Burim, geb. 1979, mazedonischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2008/253: Tahiri Arben, geb. 1982, mit Kind Elsara, geb. 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2008/300: Naeem Pasha Ahmed, geb. 1992, pakistanischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

W. Langhard (SVP)

Y. Beutler (SP)

U. Bründler (CVP)

Katharina Lang